

EN AVANT! Hebdomadaire en langue allemande

Redaktion und Verlag: 5, Rue Mayran, Paris-9, Téléphone: Trudaine 46-52

Aus dem Inhalt:

Neue Angriffspläne

Emigrantenschicksal

Briefe, die die Gestapo diktiert

Preis: Fr. 1,50

Drei Gedenktage

Spaniens und Chinas Freiheitskrieg und die Nichtinterventionspolitik

Vor neuer Gefahr

Deutschland am 15. Juli kriegsbereit

In der zweiten Hälfte des Juli werden die Verhandlungen zwischen der tschechoslovakischen Regierung und den von Henlein geführten Nazis in der Tschechoslowakei abschlussreif sein. Die tschechoslovakische Regierung ist zu weitgehenden Konzessionen bereit, die Ende Juli durch das Parlament bestätigt werden sollen. Die wahren Forderungen Hitlers aber gehen weit über diese Konzessionen hinaus. Sie sollen den tschechoslovakischen Staat als selbständige, zur Bündnispolitik und Kriegführung fähige Macht in Mitteleuropa zerstören.

Es erhebt sich die Frage, welche Taktik das Dritte Reich anwenden wird, wenn die Verhandlungen abgeschlossen werden sollen. Es kann selbst protestieren und dabei Henlein und Konsorten raten, die angebotenen Konzessionen anzunehmen und mit ihrer Hilfe den tschechoslovakischen Staat von innen her aktionsunfähig zu machen. Es kann aber auch sofort zu direkter Aktion übergehen.

Ernste Anzeichen und sehr ernst zu nehmende Berichte sprechen dafür, dass die für einen sofortigen Gewaltstreich notwendigen militärischen Massnahmen in Deutschland in Vorbereitung sind, und dass als Stichtag der militärischen Bereitstellung der 15. Juli anzusehen ist.

Das System ist nicht gesonnen, die Niederlage von Ende Mai als endgültig hinzunehmen. Es ist vielmehr entschlossen, Revanche zu nehmen. Es sind vor allem die Kreise um Göring, die auf eine sofortige Abrechnung drängen. Göring selbst hat Vollmachten erhalten, die es ihm gestatten, vom 15. Juli an Deutschland in aktiver Kriegsbereitschaft zu halten.

Die kurze Entspannung, die nach dem 24. Mai eingetreten ist, geht zu Ende. Die europäische Lage wird wieder hochkritisch.

land, für Frankreich, immer noch die stärkste Militärmacht, deren Integrität und Fortbestand als Weltmächte durch Mussolini, Hitler und ihrem spanischen Knecht gefährdet sind. Und wie schmachlich wird Spaniens Volk im Stich gelassen!

Der zweite Gedenktag:

ein Jahr ist es her, dass die englische Regierung zum erstenmal ihren berühmten Plan zur Zurückziehung der „Freiwilligen“ aus Spanien dem Nichtinterventionsausschuss vorgelegt hat. Zwölf Monate hat es gedauert, bis er am 5. Juli von den siebenundzwanzig im Ausschuss vertretenen Staaten, einschliesslich Russland, angenommen worden ist. Während dieser zwölf Monate hat der Zufluss deutschen und italienischen Kriegsmaterials keinen Monat lang gestockt, haben italienische und deutsche Generalstabsoffiziere ihre neuesten Waffen erproben können gegen einen Gegner, dem unter Bruch des Völkerrechts und in kurzsichtiger Verkennerung der eigenen Lebensinteressen die nichtfaschistischen Staaten die Waffenlieferungen verweigert und die Unterstützung durch die wirklich freiwilligen Freiheitskämpfer unterbunden haben; haben italienische und deutsche Flieger die Wirkung ihrer Bomben auf unbefestigte Städte, auf Frauen, Kinder, Greise glorreich ausprobieren, die psychologische Wirkung, die Bombenexplosionen und Feuerbrünste auf die wehrlose Bevölkerung des Hinterlandes etwa auszuüben imstande sind, gemächlich studieren und sorgsam abwägend Be-

richte an Mussolini und Hitler erstatten können!

Aber nun ist's so weit. Die Freiwilligen, die wirklichen, nach wenigen Tausenden zählenden, die auf Seite der republikanischen Regierung kämpfen, und die geschlossenen Heeresformationen der Diktaturmächte, die zur Schande des deutschen und italienischen Volkes dem Franco die

materielle Ueberlegenheit immer wieder sicherten, sie werden jetzt zurückgezogen. Spanien bleibt den Spaniern überlassen. Die Zurückziehung der ausländischen Truppen lässt schon aus technischen Gründen einen Waffenstillstand erwarten, der zu einer Vermittlung, einer Beendigung des furchterlichen Krieges führen kann... War das nicht die Hoffnung der eng-

Ehre der Arbeit

Bei Krupp besetzt SS mit Maschinengewehren eine Werkhalle, in der für Franco gearbeitet wird.



„Oben haben sie unsere „Ehre“ aufgebaut, damit wir die „Schönheit der Arbeit“ erkennen lernen.“

Das Los der Verbannten

Emigranten ohne Land und Recht

ischen und der französischen Regierung? Hat Chamberlain nicht deshalb das Abkommen mit Italien geschlossen, das den Frieden im Mittelmeer stabilisieren, den Rückzug der Italiener mit allen Truppen und Kriegsmaterial von Spanien und allen Stützpunkten auf den spanischen Inseln und der nordafrikanischen Küste bringen soll? Waren nicht bereits die italienisch-französischen Besprechungen aufgenommen, die zu einem analogen Verträge führen sollten? Floss nicht die italienische Presse plötzlich von überströmender Freundlichkeit für England über, den Erzfeind von gestern? Freudig wurde die internationale Entspannung begrüßt; die tschechoslovakische Krise ging vorüber und über Spanien leuchtete sich der Horizont.

So schien es und scheint es noch vielen. Aber Mussolini bricht nach dem Rom-Besuch Hitlers plötzlich die Verhandlungen mit Frankreich brüsk ab, obwohl er weiss, dass ihr Abschluss eine stillschweigende Voraussetzung des Inkrafttretens des englischen Vertrages bildet, will nicht England Frankreich, und damit zugleich sich selbst, der Achse preisgeben. Mussolini selbst und seine Presse beschimpfen seitdem unablässig Frankreich in einer Sprache, wie sie früher nur am Vorabend eines Krieges geführt wurde. Gleichzeitig fordert Graf Ciano, der italienische Aussenminister, am 4. Juni von Chamberlain die sofortige Ratifizierung des englisch-italienischen Vertrages, obwohl der Vertrag selbst ausdrücklich die Bestimmung enthält — die einzige Sicherung, die sich die englische Regierung ausbedungen hat —, dass vorher die spanische Frage befriedigend geregelt sein muss. Die Erfüllung dieses herausfordernden Verlangens hätte bedeutet, Mussolini trotz aller Vereinbarungen des Nichtinterventionsausschusses in Spanien freie Hand einzuräumen und ihm überdies Frankreichs Mittelmeerinteressen auszuliefern. Chamberlain kann, selbst wenn er wollte, nicht auf Mussolinis Forderung eingehen; Mussolini lässt deshalb durch seinen Franco die englischen Schiffe in den spanischen Häfen bombardieren und ihm die englischen Genugtuungs- und Sicherungswünsche kalt abweisen. Der Ton der italienischen Presse gegen England wird plötzlich wieder aggressiv.

Die Durchführung der Truppenrückziehung wird, selbst den guten Willen und die ehrliche Absicht — die Eider sträubt sich, diese Worte niederzuschreiben — vorausgesetzt, noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Es kann Oktober werden, bis mit der Evakuierung auch nur ein Anfang gemacht wird. Bis dahin bleiben alle Möglichkeiten, die schlimmsten, offen. Werden die Bombardements der Zivilbevölkerung fort dauern, werden die neutralen Schiffe weiter versenkt wird Franco, das heisst die italienische und die deutsche Luftflotte, ihre Kraft einsetzen, um eine vollständige Luftblockade durchzuführen, dem republikanischen Gebiet die Lebensmittelzufuhr abzuschneiden und es durch Hunger niederzuzwingen, obwohl Franco die „Rechte des Kriegsführenden“ noch nicht zuerkannt sind? Niemand kennt die „Zwischenfälle“ der nächsten Monate. Aber der Will Mussolinis und Hitlers steht fest, den Sieg Francos zu erzwingen. Papiere Verträge sollen sie daran hindern, sich Spanien politisch anzueignen? Und allein auf diesen papiere-

Am 6. Juli wurde die Flüchtlingskonferenz von Evian eröffnet. Sie geht zurück auf die Initiative des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika, der die Regierungen aufgefordert hatte, auf einer Konferenz über das Los der Flüchtlinge aus Deutschland und Oesterreich zu beraten. Im Augenblicke, in dem wir schreiben, ist noch keinerlei wesentliches Ergebnis dieser Konferenz sichtbar.

Das Flüchtlingsproblem ist ein Teil des allgemeinen politischen Problems in Europa. Die Flüchtlinge — sowohl die politischen als auch die Juden — sind die Opfer des stillen Krieges, der zwischen den europäischen Staaten geführt wird. Sie sind schon in der Vorbereitungsperiode des Krieges heimat- und existenzlos geworden, zermürbt und zerrieben. Sie sind nirgends gern gesehen, sie sind überall Objekte für polizeiliche Behandlung und für Schikanen. Die sture wirtschaftsnationalistische Gesinnung, die in allen europäischen Ländern seit der grossen Krise um sich gegriffen hat, verhindert, dass sie in anderen Ländern wirklich heimisch und gleichberechtigt werden können. Niemand erfährt so sehr wie sie die Absperrungstendenzen der Völker untereinander.

Die europäischen Länder, die bisher Flüchtlinge aufgenommen haben, erklären heute, dass sie nicht mehr in der Lage seien, weitere Flüchtlinge aufzunehmen. Soweit es sich dabei um grosse Länder handelt, liegt keine objektive Unmöglichkeit vor, sondern ein Mangel an Willen zu weiterer Aufnahme, der erkennen lässt, wie sehr sich auch die demokratischen Länder von liberalen Grundsätzen abgewandt haben. Deutschland aber kündigt kaltblütig an, dass es bis zum Herbst weitere 50 000 Personen aus Deutschland hinauswerfen werde.

Wenn in Deutschland auch nur die elementarsten Grundsätze der Menschlichkeit respektiert werden würden, so würde es kein Flüchtlingsproblem geben. Solange aber dort die Rechts- und Friedlosmachung von Hunderttausenden Staatsprinzip ist, solange wird es auch keine endgültige Lösung des Flüchtlingsproblems geben — es sei denn, man wolle es als eine mögliche Lösung ansehen, dass die vom System in Deutschland Gebannten auch internationaler Rechtlosigkeit und Schutzlosigkeit anheimfallen und dem Verkommen und Absterben preisgegeben werden. Das Schicksal des armenischen Volkes zeigt, welches Mass von internationaler Unmenschlichkeit möglich ist.

Eine wahre Lösung des Problems ist auch heute nicht sichtbar. Der Geist bürokratischer Engstirnigkeit verhindert

selbst in einfachen Rechts- und Passfragen grosszügige Lösungen. Die Sterilität der Politik der demokratischen Mächte gegenüber dem Faschismus wird ergänzt durch ihre Sterilität gegenüber dem Flüchtlingsproblem.

Am 4. Juli hat in Paris eine von der SAI einberufene Tagung über die Konferenz von Evian stattgefunden. Es nahmen teil die Mitglieder der Kommission zur Prüfung der Lage der politischen Gefangenen und Vertreter sozialistischer Organisationen der Flüchtlingshilfe in den verschiedenen Ländern. Die Tagung entsandte eine Delegation nach Evian, der ein französischer, ein österreichischer Genosse und Genosse Paul Hertz vom Sozialdemokratischen Parteivorstand angehörten. Sie legte ihre Forderungen in folgender Resolution nieder:

„Die von der SAI einberufene Tagung zur Beratung der Lage der politischen Flüchtlinge spricht sowohl im Namen der Flüchtlinge, die ihr Land um ihrer Ueberzeugung willen verlassen mussten und Hilfe erwarten, als auch im Namen der Organisationen, die seit nunmehr fünf Jahren ein vorbildliches Werk solidarischer Hilfe aufgebaut haben. Sie begrüsst, dass die am 6. Juli in Evian auf Grund der dankenswerten Initiative des Präsidenten Roosevelt zusammen tretende Staatenkonferenz ein umfassendes Werk zur Erleichterung des Schicksals der politischen und konfessionellen Flüchtlinge errichten will.

Das Problem der Flüchtlinge hat in den letzten beiden Jahrzehnten die verschiedensten Phasen durchlaufen. Wenn das Schicksal der deutschen und österreichischen Flüchtlinge gegenwärtig als das aktuellste im Vordergrund steht, so bedeutet das keineswegs, dass das Schicksal der übrigen Flüchtlinge weniger wichtig ist.

Die Massenflucht aus Deutschland und Oesterreich ist das Ergebnis des Krieges, den das Dritte Reich gegen seine eigenen Staatsbürger führt. Es zwingt Hunderttausende unter Zurücklassung von Hab und Gut Zuflucht ausserhalb der Grenzen ihres Vaterlandes zu suchen.

Das Dritte Reich verletzt alle Grundsätze des internationalen Zusammenlebens, indem es seine eigenen Staatsbürger aus seinem Gebiet austreibt. Durch die Massenverweisung von Staatsbürgern seiner Nachbarländer, die seit langer Zeit auf deutschem Boden wohnen, erregt es starke Unruhe und gibt gerechtfertigten Anlass zu Vergeltungsmassnahmen. Es vergewaltigt offen die anerkannten Regeln des Völkerrechts, indem es die Habe derjenigen beschlagnahmt, die es austreibt oder denen es das Leben im Lande unmöglich macht. Diesen Missbräuchen muss durch eine internationale Aktion Einhalt geboten werden.

Die Tagung lenkt die Aufmerksamkeit ganz besonders auf folgende Gesichtspunkte:

1. Die Erteilung von Einreisevisa darf

nicht auf Flüchtlinge beschränkt werden, die ein Vermögen oder ein Einkommen nachweisen. Jede Bevorzugung wohlhabender Flüchtlinge hat zu unterbleiben.

2. Die Einreisebewilligung muss in erster Linie für die dringlichsten Fälle teilt werden; insbesondere

- a) für diejenigen, denen als politische Gegner die Verhaftung droht,
- b) für diejenigen, die als politische Gegner des Regimes verhaftet sind und nur unter der Bedingung freit werden können, dass sie ihrer Familie auswandern,
- c) für diejenigen, die, obwohl sie deutsche Staatsbürger sind, von deutschen Behörden ausgewiesen werden.

3. Den politischen Flüchtlingen ist nur die Einreise-, sondern auch die Arbeits-erlaubnis zu erteilen.

4. Angesichts der grossen und stets wachsenden Zahl der Flüchtlinge muss eine internationale Regelung sicherstellen, der Strom der Flüchtlinge auf alle Staaten in solcher Weise verteilt werde, dass die Aufnahme der Einwanderung durch Volkswirtschaft der einzelnen Länder besten ermöglicht werde. So wichtig Auswanderung in überseeische Länder in die Kolonien ist, so kann und muss ein erheblicher Teil der Flüchtlinge in Europa verwurzelt bleiben. Kein Hindernis darf die Bereitwilligkeit der Ueberseewanderer zur Aufnahme von Flüchtlingen als Einwanderer in Europa Fuss gefasst haben, dorthin zuschieben.

5. Erforderlich ist, dass alle Bemühungen unternommen werden, um zu erreichen, dass die Genfer Konvention für deutsche Flüchtlinge vom 10. Februar 1938 von allen Staaten ratifiziert und ihre Geltung für Flüchtlinge aus Oesterreich ausgedehnt werde.

Die Massenauswanderung wird nur erfolgreich vor sich gehen und den Ueberseeländern nützen, wenn durch enge Zusammenarbeit zwischen den Behörden und den privaten Organisationen Kräfte eingesetzt werden, deren Sachkenntnisse wertvoll werden können. Die der Ueberseeländer zugehörigen Organisationen und Einrichtungen, die vielen tausend politische Flüchtlinge in Europa und Uebersee der Gründung einer neuen Existenz halfen, sind bereit, ihre Erfahrungen zur Verfügung zu stellen und bei der Lösung der Aufgabe mitzuwirken.

Soll aber eine Auswanderung in grossem Umfang verwirklicht werden, so muss man von vornherein an die Beschaffung von erheblichen Mitteln denken. Die Leistungsfähigkeit der privaten Organisationen reicht dafür nicht aus. Es müssen öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden, damit gerade jenen geholfen werden kann, die mittellos sind und nicht ihr Schicksal überlassen bleiben dürfen.

Die Delegation ist in Evian von den Regierungsvertretern empfangen worden und hat ihre Ansichten und Forderungen vorgetragen.

Schliesslich ein dritter Gedenktag:

Ein Jahr ist seit jenem unbedeutenden Zusammenstoss zwischen einigen chinesischen und japanischen Soldaten verflossen, den die Japaner zum Vorwand für ihren Angriff auf China nahmen. Von einer raschen Unterwerfung des riesigen, aber militärisch schwachen, innerlich scheinbar zerklüfteten Reiches träumten die japanischen Militärs. Die schwächlichen Gegenvorstellungen der grossen Mächte wurden höhnisch abgewiesen; mit Deutschland und Italien wurde das „weltpolitische Dreieck“ gebildet. Im Besitze von China und seinen gewaltigen Hilfsquellen — so glaubten die Japaner — würde es ein leichtes sein, die europäischen Mächte aus Asien zu verdrängen und unaufhaltsam würde die japanische Expansion weitergehen im Süden und im Norden gegen die Philippinen und Niederländisch-Indien, gegen Hongkong und Singapur, gegen Indochina und Sibirien. Es ist anders gekommen, nicht wegen des Widerstandes, den die

Mächte, zur Abwehr des Angriffes im Völkerbund vereint, durch das Neun-Mächte-Abkommen besondere dazu verpflichtet, dem japanischen Eroberer entgegengesetzten, sondern dank der entschlossenen Gegenwehr des zu nationalem Bewusstsein erwachten chinesischen Volkes. Trotz aller Siege, trotz der Entbehrungen, die die japanische Militärdiktatur ihrem unglücklichen Volke auferlegt, obwohl etwa 2 Millionen Soldaten bis jetzt gegen China aufgeboten sind, verlieren sich die Japaner in den unermesslichen Bestrebungen, ohne das Ziel der Niederwerfung Chinas erreichen zu können. Sie haben sie bisher erzielt: die Beherrschung der England und Frankreich im Fernen Osten ausgesetzt, hinderte diese Mächte, ihre ganze Kraft gegen die Gefahr, die sie in Asien bedroht, einzusetzen, und erleichterte Mussolini und Hitler ein Spiel. Aber die Wendung, die das japanische Volk dem japanischen Abenteurer gegeben hat, ändert die Situation. Russland ist im Osten ent-

Die I
der sozi
Emigral
das Sta
langt. I
einheitl
ner
sprich
andere
verjung
sofort n
Braun o
Aber
schön, v
sein. Ist
zentriat
meinsar
Gesinnu
Forderu
rer Ver
das allg
vorausg
einem s
Selbst
durch
schaft v
großion
der sozi
gangslo
vergang
linker L
Zu abg
Gruppen
vorher
sen sin
ner ge
ausgelie
neinen
im Kan
gegen p
weniger
den Me
tung.
Pro
nissach
Makulat
schriebe
bekomm
mokrati
von jen
gramml
Macht
behaupt
rungen
ganisati
folge! I
Ich b
sein. I
dass ein
zentrat
der sozi
sichen
tion ist
alles, w
worden
stige
Es sind
sen o
denkhar
ner klei
den, kö
Kreise
konzent
An so
verschie
nicht. N
Ideen d
sozialis
mus“ s
zwischen
nicht. I
sittäre
verstehe
„autorit
ismus.“
sehe V
Wir ke
dauern.
Dritten
seien S
kämpft
sie im
sozialis
scharfs
man vo
dikeit
lutionä
heit. A

Der grösste Stahlproduzent der Welt

Der grösste Eisenmangel der Welt

und die Drohung gegen Englands und Frankreichs asiatische Besitzungen wird weniger gefährlich. Nach einem Jahr grausamsten und tückischsten Krieges ist wenigstens dieser Angreifer geschwächt, seine Gefährlichkeit gemindert worden. Von den Gliedern der Kette Berlin—Rom—Tokio hat sich das japanische bisher als das schwächste erwiesen.

Drei Gedenktage . . . Noch weiss man nicht, ob sie nicht in Zukunft als die Tage gelten werden, von denen der Ausbruch des neuen Krieges zu datieren sein wird.

Dr. Richard KERN.

Nach Henlein Grammens

Alldeutsche Giftmischererei

Die Essener „Nationalzeitung“ erbaut sich an dem Gedanken, dass man in Belgien „das dumpfe Grollen eines heraufziehenden Gewitters“ höre. Man fühlt sich im Dritten Reich als Schutzmacht der Vlamen, ohne es indessen schon in provokatorischer Form auszudrücken wie gegenüber den Sudetendeutschen. Aus Anlass des vlämischen Sänterfestes schreibt das Organ Görings: „Alle diese marschierenden Vlamen schienen vom Geiste jenes Grammens erfaßt zu sein, der vor einer formal-gesetzlichen „direkten Aktion“ nicht zurückschreckte, dafür gegenwärtig im Genter Kerker sitzt und am Sonntag aus dem Kerker heraus wissen liess, dass er unerbittlich wieder beginnen würde, bis sein Ziel Vlandens restlose Einsprachigkeit, verwirklicht sei . . . In Vlandern entwickelt sich, nicht zuletzt unter dem Druck des vlämischen Nationalismus, dem wohl oder übel auch die gemässigten Kreise folgen müssen, eine geistige Haltung, die aus dem Bewusstsein grosser völkischer Kraft hervorgeht, und auf der Verwirklichung des vollen, uneingeschränkten Rechtes besteht. Grammens, in vlämischen Augen der Märtyrer Grammens, in gewissen Brüsseler und wallonischen Augen der Narr und Tor Grammens, ist zu einer wichtigen Figur in einem Spiel zwischen Vlandern und Brüssel geworden.“

Natürlich interessiert sich das Dritte Reich nicht für das Sprachproblem in Belgien an sich. Solche Sprachprobleme werden immer erst durch das Dazwischentreten nationalistischer Giftmischer kritisch, und das Dritte Reich hat diese Art von Giftmischererei in seinen Nachbarländern zur Genüge betrieben. Es möchte den vlämischen Nationalismus züchten, um den belgischen Staat ebenso zu unterwühlen, wie es die Tschechoslowakei unterwühlt. Was das Dritte Reich sucht und braucht, sind willfährige Agenten vom Schlage Henleins als Schrittmacher für die alldeutschen Eroberungsziele. Am Ende dieser Machenschaften steht das Bild eines all-grossdeutschen Reiches, zu dem Belgien gehören soll so gut wie Holland und Elsass-Lothringen.

Volkverbundenheit

Nürnberger Parade

Der Reichsparteitag der NSDAP soll vom 15. bis 18. September in Nürnberg stattfinden. Die nationalsozialistische Presse feiert ihn von vornherein als einen Ausdruck des Volkswillens:

„Führung und Volkswillen stehen hier in einem innigen Wechselverhältnis. Aus der Begeisterung, dem unbedingten Glauben schöpft der Führer die Kraft, den Willen des Volkes zu erkennen, die Geschichte dieses Volkes mit starker Hand durch seine Partei zu lenken. So fliesst hier der Volkswille in organischen Kanälen unmittelbar in die Führung ein. Dieses Wechselverhältnis bedarf aber, um seine werbende Wirkung dauernd zu behalten, immer neuer Betätigung. An dieser ständig neu erfolgenden Willenserweckung nimmt der jährliche Parteitag im Gesamtleben der Nation eine hervorragende Stellung ein. An ihm versammelt sich Partei und Volk, Führer und Gefolgschaft zu dem Erlebnis innigster Verbundenheit.“

Was man nicht alles sagen muss, um den einfachen Tatbestand zu verbergen, dass das System eine wirkliche Entscheidung des Volkswillens zu fürchten hat! Die Tage vor dem beabsichtigten Ueberfall auf die Tschechoslowakei waren für die innige Verbundenheit zwischen Führung und Gefolgschaft in Dritten Reich

Deutschland hat bisher, rief der Reichswirtschaftsminister Funk in seiner am 16. Juli vor den Bremer Kaufleuten gehaltenen Rede aus, dem neuen Konjunkturreinbruch einen ungebrochenen Widerstand entgegengesetzt. Diese konträre Entwicklung, ungebrochener Widerstand hier, allgemeiner Konjunkturrückgang da, würde am deutlichsten durch die Rohstahlerzeugung erwiesen. „Die deutsche Stahlproduktion“, sagte Funk, „beginnt die amerikanische Produktion zu überflügeln“. Die Tatsache stimmt, aber Herr Funk vergisst zu erwähnen, dass der erstaunliche Auftrieb der deutschen Stahlproduktion einen Schönheitsfehler zeigt, dessen sie in Ländern mit weniger stabiler Konjunktur ermangelt. Deutschland stand in den ersten Monaten dieses Jahres tatsächlich an der Spitze der Stahlproduzenten der Welt. Kein anderes Land der Welt bringt zur Zeit so viel Stahl hervor wie Hitlerdeutschland. Ist es aber nicht noch erstaunlicher, dass es auch keinem anderen Land der Welt so sehr an Stahl und Eisen fehlt? Die Handwerker müssen von Pontius zu Pilatus laufen, um

ein paar Nägel aufzutreiben, den Konservenbüchsen dürfen keine Dosenöffner beigelegt werden. Neuerdings ist es verboten, an den Schreibmaschinen mehr als eine Spule für das Farband anzubringen, weil das Eisen dazu „im Zuge des Vierjahresplanes“ benötigt wird. Die deutschen Frauen und Mädchen, die Schreibmaschinen bedienen, müssen also die Farbbänder mit den Fingern amontieren. Um ihnen dieses Opfer für die Volksgemeinschaft zu erleichtern, werden als Zugabe zum Farbband Fingerschützer geliefert. So wird nicht nur das Eisen für die Spule, sondern auch das Öl für die Seife erspart und Deutschlands Devisenbilanz zugunsten der Aufrüstung entlastet. Auf so ausgeklügelte Methoden der Eisenersparnis können die anderen Länder verzichten, die von Hitlerdeutschland in der Stahlproduktion überflügelt worden sind.

In der Zeit von 1932 bis 1937 hatte sich die Rohstahlerzeugung in Deutschland und in den hauptsächlich mit ihm konkurrierenden Ländern entwickelt in tausend Tonnen:

	1932	1933	1934	1935	1936	1937	Zunahme in % % welt. 1932
U.S.A.	19.957	20.959	22.919	30.316	42.463	44.013	279
Deutschland	5.199	7.537	11.856	16.057	19.153	19.817	230
England	5.243	7.115	8.184	9.062	9.990	13.170	148
Frankreich	3.648	6.531	8.145	8.264	8.701	7.992	50

Die deutsche, englische und französische Stahlerzeugung waren noch 1932 annähernd gleich gross, also auch im annähernd gleichen Verhältnis, um 100 Prozent, von der amerikanischen übertraffen. Aber Deutschland war der einzige von diesen drei grossen Stahlerzeugern, der mit dem amerikanischen Aufschwung Schritt hielt. USA. und Deutschland konnten ihre Produktion seit dem Tiefstand der grossen Krise auf das Vierfache erhöhen, England nur auf das Zweieinhalbfache, Frankreich auf das Eineinhalbfache. Zwar hatte die deutsche Stahlerzeugung nicht, wie Herr Funk in seiner Bremer Rede behauptete, noch vor einem Jahr kaum ein

Drittel der amerikanischen betragen, aber immerhin kaum die Hälfte. Inzwischen hat der Konjunkturrückschlag die amerikanische Eisenindustrie, die vorher den stärksten Auftrieb gehabt hatte, am schwersten betroffen.

Aber USA. ist von Deutschland nicht nur deshalb überflügelt worden, weil seine Stahlerzeugung zwei Drittel ihrer einstigen Produktion eingebüsst hatte, sondern auch, weil das Dritte Reich in den letzten Monaten seine Stahlerzeugung kräftiger erhöht hat als irgend ein anderes Land der Welt. Die amtlichen Ziffern für das erste Halbjahr 1938 liegen noch nicht vor. Es sei deshalb als Beispiel der Monat Februar herausge-

griffen. Es betrug die Rohstahlerzeugung in tausend Tonnen im Februar:

	1937	1938	Zunahme in %
Deutschland	1.522	1.776	plus 16
England	1.012	1.075	plus 6
U.S.A.	4.495	1.731	minus 61
Frankreich	1.287	1.434	plus 10
Frankreich	524	500	minus 10

Aehnlich wie mit Rohstahl steht es mit der Produktion von Roheisen. Die deutsche Eisenerzeugung hatte also 1938 einen Rekord erreicht, zugleich aber auch die gesamte Eisenversorgung. Es betragen im Februar in tausend Tonnen:

	1937	1938	Zunahme in %
Einfuhr von Roheisen	598	287	minus 52
Einfuhr von Eisen	1.250	1.440	plus 15
Einfuhr von Rohstahl	12,6	95,3	plus 130

Gleichzeitig war die Einfuhr von Eisen und Stahl um 25 Prozent gestiegen die Ausfuhr um 26 Prozent gesunken.

Die deutsche Eisenversorgung hat also eine nie dagewesene Höhe erreicht, aber der Eisenmangel ist dadurch keineswegs kleiner geworden. Görings „Essener National-Zeitung“ kündigte am 3. März an, „dass es keiner besonderen Anstrengung bedürfe, die vom Führer in seiner letzten grossen Reichstagsrede vorausgesagte Jahresmenge von 21 Millionen Tonnen Rohstahl zu erzeugen“, dass aber „einstweilen mit einer Aufhebung der Kontingentierung noch nicht gerechnet werden könne“. Einstweilen könne „von einer Auflockerung des Eiseninlandmarktes noch nicht gesprochen werden“.

Wenn sich Hitlerdeutschland besser mit Eisen versorgt als andere Länder und dennoch mehr als jedes andere Land von Eisennot heimgesucht wird, so nur deshalb, weil sein Rekord der Eisenversorgung noch von seinem Rekord des Eisenverbrauchs übertraffen wird. Es ist also die militärische und wirtschaftliche Kriegsvorbereitung, die diesen wie jenen Rekord verursacht. Das ist es, was Herr Reichswirtschaftsminister Funk mit seinen stolzen Zahlen bewiesen hat, wenn er auch etwas ganz anderes hat beweisen wollen.

G. A. F.

jedenfalls erhellender als die übliche grosse Parade in Nürnberg. Die Furcht vor dem Kriege als Ergebnis der Politik des Systems ist ein regelrechtes Misstrauensvotum gegen die Führung.

Deshalb ist ja auch noch ein anderer Kanal geschaffen worden, der der Verbindung von Volkswillen und Führungswillen dienen soll: die Eingreiftruppe Himmels für den Kriegsschauplatz Innerdeutschland. Gegenüber diesem Symbol der Volkverbundenheit des Systems verblasst sogar der Reichsparteitag.

Deutsche Geschichte

Der gleichgeschalteten Presse wird aus München das Folgende berichtet:

„Die auf der Münchener Juli-Tagung des Reichsinstituts für die Geschichte des neuen Deutschland versammelten nationalsozialistischen Geschichtsforscher hatten zum Abschluss der Tagung ein eindrucksvolles Erlebnis. Nach einer Reihe bemerkenswerter wissenschaftlicher Vorträge kam der Frankfurter Gauleiter Julius Streicher zu Wort, um in einer lebendigen Ansprache die Aufgaben des deutschen Geschichtsforschers vom Standpunkt des nationalsozialistischen Kämpfers zu deuten.“

Es war sehr überzeugend, wie hier im Kreise der Gelehrten und bedeutenden Wissenschaftler einer der ältesten Mitkämpfer Adolf Hitlers und Vorkämpfer in der Judenfrage den Weg zur wahren und lebensvollen deutschen Geschichtsschreibung wies. Gerade auch der Geschichtsforscher dürfe seine Welt nicht allein in verstaubten Büchern erblicken. Geschichte müsse blutvoll und mit Feuer geschrieben sein, wenn sie in die Herzen der Menschen dringen soll.“

Bürokratie-Inflation

„Der Besucher der Ausstellung „Bremer — Schlüssel zur Welt“ findet in einer der neunzehn Zellen, in der der „Gross-, Ein- und Ausfuhrhandel“ einen Einblick in seine Tätigkeit und seine Leistungen gewährt, an einem bescheidenem Platze ein

Plakat, das zu einer bildlichen Darstellung folgende Inschrift trägt:

Der Papierberg des Ausfuhrhandels

dargestellt an einer Lieferung nach Südamerika mit den verschiedenen Formularen, die für die Ausführung jedes einzelnen Auftrages ausgefüllt werden müssen. 40 Formulare, von denen jedes einen Arbeitsvorgang für sich bedeutet — ausserdem die inneren allgemeinen Kontorarbeiten: Kalkulationen, Buchungen, Kontrollen, Bemusterung, Korrespondenz mit Uebersee, Industrie und Verkehr, mit Wirtschaftsbehörden, Schifffahrt und Finanz. Aus dieser Arbeit trägt der Ausfuhrhändler allein das Risiko der richtigen technischen Durchführung, der richtigen Warenkenntnis, der Kredithergabe.

Dieses Plakat macht in seiner schlagwortartigen Aufmachung einen tiefen Eindruck auf den Besucher . . . Die Bürokratisierung geht freilich nicht allein immer von öffentlichen Stellen aus, sondern mit dem Anwachsen einer jeden Organisation wächst auch der Ehrgeiz zur Machtentfaltung, auch wenn es sich um Verwaltungsorgane der Wirtschaft handelt, deren Glieder selbst aus der Wirtschaft stammen.“

Dieser Aufschrei, den die „Berliner Börsen-Zeitung“ in ihrer Nr. 247 ausgestossen hat, richtet sich gegen die unheimliche Verbürokratisierung der deutschen Wirtschaft von der vor längerer Zeit schon Dr. Goerteler, der damals noch Oberbürgermeister von Leipzig war, schrieb, es könne „eines Hund darüber jammern“.

Neuer Stoss gegen die Konsumvereine

Nachdem mit der Vernichtung einer grosseren Anzahl von Konsumgenossenschaften der Konsumvereinsfeindlichen Strömung in der Nazibewegung Genüge getan war, schien es, als ob sich die noch übrig gebliebenen Konsumvereine vor der Zwangsliquidierung würden retten können. Denn die Nationalsozialisten hatten herausgefunden, dass sich in den Konsumgenossenschaften in beträchtlicher Menge Futterkrippen für „alte Kämpfer“ und Renegaten der Arbeiterbewegung einrichten liessen. Ausserdem aber

lernten sie die Konsumvereine, nachdem ihre Unabhängigkeit erschlagen und die Selbstverwaltung der Mitglieder vernichtet war, als ein wertvolles Hilfsinstrument zur Beeinflussung der Verbraucher im Sinne der nationalsozialistischen Wirtschafts- und Verbrauchspolitik schätzen.

Es wurden Erklärungen abgegeben, dass der Nationalsozialismus keineswegs Konsumvereinsfeindlich sei. Damit sollte vor allem erreicht werden, dass die allen Genossenschaftler ihrem Konsumverein nicht nur als Mitglieder, sondern auch als Käufer und Sparer die Treue halten.

In den letzten Wochen sind nun neue Vorstösse gegen die Verbraucher-genossenschaften erfolgt, die von keinen geringeren Würdenträgern als dem Reichsernährungsminister und dem Reichswirtschaftsminister geführt worden sind. Der Reichswirtschaftsminister Funk benutzte die Amtseinführung des neuen Leiters der Reichsgruppe Handel als Anlass, sich in scharfer Weise gegen die Konsumvereine auszusprechen. Er kündigte in seiner Rede an, dass

„die Frage der Konsumvereine wieder aufgegriffen werden wird, mit dem Ziel der Liquidierung der Deutschen Gross-einkaufsgesellschaft und der einzelnen Verbraucher-genossenschaften, weil diese Gebilde als kollektive Grossbetriebe nicht den Grundsätzen der nationalsozialistischen „Wirtschaftsführung“ entsprechen. Uns liegt daran, eine möglichst grosse Zahl von gesunden Einzelunternehmen mit starkem Verantwortungsbewusstsein und starker Unternehmerinitiative zu schaffen, aber nicht kollektive Wirtschaftsgebilde, die dem besonderen Interesse eines einzelnen Standes oder Berufes dienen . . .“

Der Reichsernährungsminister hat kurz darauf dem Wirtschaftsminister sekundiert. So werden also die letzten verstümmelten Reste der von den deutschen Arbeitern unter grossen Opfern geschaffenen herrlichen Genossenschaftsbewegung zerstört werden. Was Opferwille und Idealismus der sozialistischen Arbeiter geschaffen hat, das wird in der „nationalsozialistischen“ Wirtschaft als Fremdkörper empfunden.

Berichte aus Deutschland

Unterm Maschinengewehr Krupparbeiter unter SS-Bewachung

Ein bisheriger deutscher Ingenieur-Offizier ist vor kurzem ins Ausland geflüchtet. Er hatte den Befehl erhalten, sich als „Freiwilliger“ nach Spanien zu begeben. Er beschloss jedoch — schon auf Grund seiner persönlichen Einstellung zum spanischen „Bürgerkrieg“ — dem Befehl nicht Folge zu leisten. Er verliess das Reich und ging in die Emigration.

Der Mann ist Spezialist für eine gewisse Panzerwagen-Konstruktion. Von der Reichswehr-Spezialabteilung für Panzerwagen war er in den letzten Monaten vor seiner Flucht zu den *Kruppwerken* nach *Essen* abkommandiert worden, zwecks Produktions-Ueberwachung. Er berichtet, dass unter den Arbeitern der Kruppwerke, mit denen er in Berührung kam, fast durchweg eine sehr gereizte Stimmung herrsche, sowohl gegenüber dem Naziregime im allgemeinen, wie auch insbesondere wegen der bis zum Aeussersten gesteigerten Ueberstundenwirtschaft. Die Facharbeiter bei Krupp wüssten sehr genau, wie unentbehrlich sie dem Regime sind und sie könnten sich daher manche offene Aeusserung ihres Unwillens erlauben, die einen andern, nicht unmittelbar der wichtigsten Rüstungsindustrie dienenden Arbeiter auf der Stelle ins Lager oder ins Zuchthaus bringen würde. Obwohl die Krupparbeiter zu den relativ bestbezahlten im Reich gehören, sei ihre Verbitterung so stark, dass sie — nach der Ansicht jenes geflüchteten Offiziers — leicht einmal zu Unruhen führen könnte.

In der Abteilung, deren Produktion er zu überwachen hatte, werden Panzerwagenteile für den spanischen Krieg hergestellt. Dieser Verwendungszweck und die ewigen Ueberstunden waren ständiges Gesprächsthema der Arbeiter. Eines Tages rückte plötzlich SS in die Arbeitshalle ein und es wurden dort *Maschinengewehre einmontiert*, die die Halle völlig beherrschten. Diese Aktion wirkte einschüchternd, hat aber natürlich die Stimmung nicht verbessert.

Der geflüchtete Offizier ist der Ansicht, dass Deutschland im Falle eines Krieges schon nach relativ kurzer Zeit mit den grössten psychologischen Schwierigkeiten im Innern rechnen müsse. Die Nazis meinen zwar, dass Goebbels-Propaganda und Totenkopfverbände ein ausreichendes Gegengewicht bieten würden, — in Reichswehrkreisen sei man in dieser Hinsicht jedoch ziemlich skeptisch...

Niemöllers Schicksal

Aus Kreisen der deutschen Bekenntniskirche war über Aufenthalt, Behandlung und Befinden des vom Hitlerregime eingekerkerten Pastors Niemöller soeben das folgende zu erfahren:

Niemöller befindet sich nach wie vor in dem berüchtigten Konzentrationslager Oranienburg. Alle Bitten und Gesuche um seine Freilassung sind von den Machthabern abschlägig beschieden bezw. überhaupt keines Bescheides gewürdigt worden. Wenn kürzlich in einigen Auslandsblättern zu lesen war, dass die Naziregierung die baldige Freigabe des mutigen Bekenntnisparfers in Aussicht gestellt habe, so entspricht das nicht den Tatsachen. Den führenden Männern der Bekenntniskirche ist nichts derartiges bekannt.

Der nationalsozialistische Imperialismus hat zur ideellen Tarnung seiner Eroberungsziele die Schutzherrschaft über alle Deutschen und ihre Wohngebiete sich angemastet und braucht dazu die Lüge von der Unterdrückung der Deutschen in allen Staaten. Nachdem das österreichische Volk von seinem Staat durch Adolf Hitler erlöst ist, wird der ganze Nachdruck der reichsdeutschen amtlichen Lügenkunst auf die „Unterdrückung“ der „Sudeten“-Deutschen durch die Regierung der Tschechoslowakei gerichtet. Es muss dabei immer wieder betont werden, dass es sich um tschechoslowakische Staatsbürger deutscher Zunge handelt und nicht um Hitlersche Untertanen.

In diesen Tagen haben die gleichgeschalteten, nationalsozialistischen Henlein-Deutschen in der Tschechoslowakei die ganze Hitler-Goebbels-Propaganda über ihre Unterdrückung als aufgelegten Schwindel entlarvt. Die ganze Welt konnte sich davon öffentlich überzeugen. Seit Wochen hatte die deutsche gleichgeschaltete Presse zu einem Fest aller Deutschen in der tschechoslowakischen Republik vom 1. bis 4. Juli nach *Komotau* eingeladen, veranstaltet vom *Bund der Deutschen*. Dass ein solches „Fest“ veranstaltet und zugelassen wurde, hat noch nicht viel zu bedeuten, immerhin ist es auch kein Beweis für die behauptete Unterdrückung und Drangsalierung der Deutschen durch die Tschechen. Aber wie das Fest aufgezogen war und wie es verlief, das ist bezeichnend, einmal für die schamlose Brunnenvergiftung der sudetendeutschen und reichsdeutschen Propaganda, und zweitens für die Langmut der tschechoslowakischen Regierung.

Der „Bund der Deutschen“ ist selbstverständlich gleichgeschaltet, absolut treu hinter Henlein und seinem Glaubensbekenntnis zum Nationalsozialismus, also antistaatlich, antidemokratisch, illoyal. Zu allem Ueberfluss hat auch noch der „Führer“ des Bundes der Deutschen, der Pastor *Wehrenfennig*, sich und den Bund noch einmal öffentlich auf den Nationalsozialismus verpflichtet. Niemand kann bestreiten, dass es sich dabei um den durch Hitler verkörperten Nationalsozialismus handelt, dass es ein Bekenntnis zum Dritten Reich ist, dessen Prinzipien der Tod jeder Demokratie sind. Wer sich dazu bekennt, proklamiert gleichzeitig seine Gegnerschaft zum tschechoslowakischen Staat, dessen Bürger die zum Fest aufgerufenen Deutschen sind. Trotzdem durfte diese tagelange grosse Demonstration gegen den eigenen Staat und für das Dritte Reich unter dem Schutz der Behörden und staatlichen Sicherheitsorgane stattfinden. *Wer hat da noch den Mut, von einer Unterdrückung der Sudetendeutschen zu reden, wenn so etwas möglich ist?*

Die Verwaltung der tschechoslowakischen Stadt *Komotau* hatte zu diesem offiziellen Fest der nationalsozialistischen Deutschen aus der ganzen Tschechoslowakei auf dem Marktplatz etwa

Unterdrückte Deutsche

Der Einbruch des Dritten Reiches in die Tschechoslowakei

45 Fahnenmasten errichten lassen, vor dem Rathaus waren die offiziellen Flaggen aufgezogen und die öffentlichen Gebäude unter den Glanz vieler Scheinwerfer gestellt. Die tschechische Staatspolizei, dieser Stein des Anstosses für die Nazi-Deutschen, sorgte für einen reibungslosen Verkehr auf allen Strassen und Plätzen der Stadt, damit die staatsfeindliche Kundgebung störungslos verlaufen konnte.

Selbstverständlich hatten die Henlein-Deutschen ihre Fenster und Häuser mit Guirlanden, Plakaten, Fähnchen und Fahnen geschmückt, aber nicht nur mit den blauweissen Papieren des BDD, sondern mit Henlein-Bildern und Fahnen nicht minder. Die Geschäftsleute, soweit sie nicht ebenfalls auf Henlein und das Dritte Reich schwören, wurden unter stärksten Druck gesetzt und mussten, von wenigen Ausnahmen abgesehen, sich ebenfalls zur Propaganda durch Ausschmückung ihrer Häuser bequemen, um dem Boykott zu entgehen. Zwischendurch sah man auch die Staatsflagge, aber das bisschen Loyalitätsschwindel ist ja notwendig.

Der Verlauf des Festes entsprach genau den reichsdeutschen Vorbildern. Am 1. Juli abends zog der „Führer“ des BDD, *Pastor Wehrenfennig* in *Komotau* ein, genau wie ER, stehend im offenen Auto. Langsam fuhr er durch das dichte, von tschechischer Staatspolizei in Ordnung gehaltene Spalier der *unterdrückten* Deutschen, die ihre Hände provozierend zum Hitlergruss erhoben hatten, und die begeistert, zum Teil uniformierten Spaliersteher riefen im Takt unentwegt wiederholend ihr einexerziertes, aus dem Dritten Reich importiertes „Sieg Heil!“

Am 2. und am Vormittag des 3. Juli kamen aus dem ganzen Gebiet der Tschechoslowakei die Henlein-Deutschen in verbilligten Sonderzügen nach *Komotau* und überfluteten die Stadt. Die uniformierten Trupps in den bekannten SA-Stiefeln sangen mit den ebenso bekannten brutal-ersten Gesichtern recht bekannte importierte Nazi-Lieder:

„... heute gehört uns die Heimat und morgen die ganze Welt.“

Es ist das alte Lied der Hitlerschen SA, nur wurde an die Stelle des Wortes „Deutschland“ hier „Heimat“ gesetzt. Das knallte hier dauernd durch die Strassen beim Schritt der langen Stiefel, das haben die Nazis immer wieder brüllen dürfen unter den Augen und Ohren der Staatspolizei, ohne dass sie „unterdrückt“ wurden. Dabei ist das Lied die offene Kampfansage an den Staat, denn wem gehört morgen die ganze Welt, also auch die Tschechoslowakei? Den Nazideutschen! Unter diesem Kampfruf stand die ganze Veranstaltung, und dazwischen immer wieder das taktmässige, sich dutzendfach wiederholende „Sieg Heil!“

Am 3. Juli kam auch der andere, der erste „Führer“ *Konrad Henlein* und die Begeisterung war gross, insbesondere die überaus reichlich vertretenen weiblichen Teilnehmer waren zum grössten

Teil nur noch hysterisch zu bewerten. Der Umzug durch die Stadt, nach amtlicher Zählung 36 000 Menschen, erhielt sein besonderes Gepräge durch die uniformierten sudetendeutschen SA-Leute, hier FS (Freiwillige Schutzstaffel) genannt, und — durch den „Arbeitsdienst“, der in Uniform mit geschultertem Spaten marschierte. Alles aus Nazi-Deutschland importiert. Auch eine Anzahl Militärmärsche hatte man aus Preussen bezogen, besonders den *Famfarenmarsch* und den *Landweharmarsch* („Donnerwetter mit Tobaksbüdel“) — und so konnte man sich bereits nach Hitlerdeutschland versetzt fühlen. Nichts liess den Schluss zu, dass man sich in der tschechoslowakischen Republik befand, und die Teilnehmer waren mit ihrem „Sieg Heil“ bestimmt bei Hitler und nicht bei Benesch. Die Veranstaltung war Aufruf und Kampfansage an die Republik, deren Demokratie von den Totalitätssüchtigen in unerhörter Weise missbraucht wird. Was sich in *Komotau* vom 1. bis 4. Juli abgespielt hat, ist nicht nur ein eklatanter Beweis, dass die Deutschen nicht unterdrückt sind, sondern dass sie sich in der tschechoslowakischen Republik einer Freiheit erfreuen, die ihnen nur dann zukäme, wenn sie bereit wären, sie auch allen anderen zu gewähren.

Das verlogene Geschrei des Dritten Reiches von der Unterdrückung der Deutschen ist nur als Eroberungswille ernst zu nehmen und ist deshalb nicht durch Konzessionen an die Sudeto-Nazis zu beschwichtigen. Ganz deutlich zeigt sich, dass mit den Mitteln, die die Ausbeutung eines 75 Millionen-Volkes ergibt, die Unterminierung der Tschechoslowakei betrieben wird. Mit dem Einmarsch ging es diesmal noch nicht, die Gegenaktion wurde derartig deutlich, dass die inneren Hemmungen nicht überwunden werden konnten. Jetzt hat die erneute Vorbereitung begonnen in der Tschechoslowakei, um sie so sturmreif zu machen, dass sie dem Dritten Reich als reife Frucht zufällt, ohne eine gefährliche Gegenwehr fürchten zu müssen. Nicht darauf kommt es heute an, ob diese Rechnung aufgehen, sondern dass sie vorbereitet wird. Die Henlein-Nazis wollen die Herrschaft haben, die Herrschaft Hitlers, in dessen Auftrag sie handeln, über die ganze Tschechoslowakei. Die Sudeto-Nazis wollen nicht die Aufgaben erfüllen, die ihnen durch demokratischen Entscheid aller Bürger der tschechoslowakischen Republik zufallen, auch wenn sie in der Opposition sind, denn sie sind keine loyalen, demokratischen Bürger. Die Henlein-Partei und alle ihr gleichgeschalteten Vereinigungen, einschliesslich der „*Bund der Deutschen*“, sind die *Irredenta des Dritten Reiches*, geistig und materiell von ihm abhängig. Es geht nicht um die Befriedigung sudetendeutscher berechtigter Wünsche, sondern um Eroberungsziele, wie in *Komotau* demonstriert wurde: „Heute gehört uns die Heimat und morgen die ganze Welt.“

Martin Stahl.

Transporte haben zu den verschiedensten Deutungen Anlass gegeben. Es ist die Befürchtung geäussert worden, dass Niemöller früher oder später von solch einem Transport nicht lebend zurückkehren wird, d. h. also, dass man ihn „auf der Flucht“ erschiessen werde.

Niemöllers Gesundheitszustand ist sehr schlecht. Er leidet körperlich und seelisch hart unter der Gefangenschaft, der rohen Behandlung und der elenden Lagerkost. Das Regime hat die Absicht, ihn physisch und psychisch zu „erledigen“, so wie man es mit *Ossietzky* getan — erklären seine Freunde. Niemöller hat ihnen vor kurzem erneut die Botschaft zukommen lassen, dass er tapfer ausharren wolle und weder

an Selbstmord noch an irgendwelchen Fluchtversuchen denke. Der Sinn dieser Botschaft ist klar: Niemöller fürchtet ermordet zu werden und will für alle Fälle vorsorglich die üblichen Lügen demonstrieren, mit denen das braune Henkerregime solche Verbrechen meist zu bemänteln sucht.

Unter preussischer Polizeiansicht. Die Wiener Polizei wird nach dem Musler des Dritten Reiches organisiert. Diese Organisation soll am 1. September beendet sein. Das erste grosse Gebäude, das das System in Wien bauen will, ist ein neues Polizeipräsidium.

Zur Konzentrationsdebatte

Konzentration ohne Programm? / Von Georg Beyer

Die Debatte über eine Konzentration der sozialdemokratischen Kräfte in der Emigration ist bereits zu Beginn über das Stadium des Taktierens hinausgegangen. Der Wille zur Verständigung ist einhellig. Wenn Gustav Richter von einer „neuen“ sozialistischen Partei spricht, so kann er im Grunde nichts anderes wollen, als die erneuerte und verjüngte Sozialdemokratie, womit er sofort mit Friedrich Stampfer und Max Braun einig wäre.

Aber diese Übereinstimmung ist zu schön, um ganz wahr und ganz echt zu sein. Ist es Zufall, dass in dieser Konzentrationsdebatte so wenig von der gemeinsamen geistigen und politischen Gesinnung, von der Einmütigkeit in den Forderungen und in den Wegen zu ihrer Verwirklichung die Rede ist? Wird das allgemeine Einverständnis bereits vorausgesetzt? Ich wage nicht, mich zu einem solchen Optimismus zu bekennen. Selbst unter Sozialdemokraten, die durch jahrzehntelange Kampfgemeinschaft verbunden sind und in der Emigration die traditionelle Bindung mit der sozialdemokratischen Partei bedingungslos aufrecht erhalten, ist in den vergangenen fünf Jahren rechter Hand, linker Hand vieles vertauscht worden. Zu abgesplitterten und neugebildeten Gruppen sind Mitglieder gestossen, die vorher niemals Sozialdemokraten gewesen sind. Diese Organisationen sind einer gesinnungsmässigen Fluktuation ausgeliefert, oft viel stärker im Verneinen als im Bejahen, das heisst: einig im Kampf gegen den Faschismus und gegen politische und soziale Reaktion, weniger einig in den Prinzipien und in den Methoden sozialistischer Neugestaltung.

Programme werden heute ein wenig missachtet. Wieviel programmatische Makulatur sei in der Vergangenheit geschrieben und geredet worden — das bekommt man selbst von alten Sozialdemokraten häufig zu hören. Angesteckt von jenem Pseudo-Aktivismus, der programmlos nach den Masstäben der Macht Menschen und Seelen ausrichtet, behauptet man, aus den jüngsten Erfahrungen „gelernt“ zu haben. Erst die Organisation, der Wille, Führer nebst Gefolge! Das andere später!

Ich bekenne, altmodisch geblieben zu sein. Ich kann mir nicht vorstellen, dass eine einfache organisatorische Konzentration bereits eine Akkumulierung der sozialistischen und sozialdemokratischen Kräfte bedeutet. Die Organisation ist sehr viel, aber bei weitem nicht alles, wenn sich mit der kräftiger gewordenen Schale nicht auch der geistige und politische Kern konzentriert. Es sind sogar Fehlleistungen einer blossen organisatorischen Summierung denkbar. Gegensätze, die bisher auf einer kleinen Plattform ausgetragen wurden, können jetzt in einem viel grösseren Kreise die Köpfe trennen, statt sie zu konzentrieren.

An solchen tiefgreifenden Meinungsverschiedenheiten fehlt es wahrhaftig nicht. Neben dem marxistischen, in den Ideen des Klassenkampfes beharrenden Sozialismus fordert der „Volkssozialismus“ seine Anerkennung. Eine Brücke zwischen hüben und drüben gibt es nicht. In vielen Köpfen wird der humanitäre Sozialismus (der sich von selbst verstehen sollte), abgelöst von einem „autoritären“, einem „militanten“ Sozialismus, wobei geistige und psychologische Verwirrungen nicht ausbleiben. Wir kennen Sozialdemokraten, die behaupten, dass manche Institution des Dritten Reiches nicht vom demokratischen Sozialismus erfordert und erkämpft worden seien, während andere sie im Grundsatz als unvereinbar mit sozialistischen Gedankengängen aufs schärfste ablehnen. Immer noch hört man von Diskussionen über die Notwendigkeit einer Diktatur nach einem revolutionären Siege der sozialistischen Freiheit. Andere erblicken in solchen Erör-

terungen eine schwere Gefährdung dieses Sieges, selbst wenn eine solche Diktatur nur als „vorübergehend“ bezeichnet wird. Auch die Position der Sozialdemokratie im Verhältnis zu ihren Gastländern birgt manche Probleme. Es gibt Sozialdemokraten, die es als selbstverständliche Pflicht betrachten, dass man im Falle eines Krieges gegen Hitler Milizen organisiert. Andere lehnen eine solch bedingungslos gestellte Forderung ab — mit der Begründung, dass bei einer derartigen Entscheidung nicht irgendein nationaler Befreiungskampf, sondern das aktuelle internationale sozialistische Interesse massgebend sein müsse.

Das alles ruft, trotz alledem, nach einem Programm. Schliesslich muss man wissen, was man will, um es mit vermehrter Kraft entscheiden zu wollen.

Es muss, noch ehe sich die Organisationen zusammenfinden oder zum mindesten gleichzeitig, Klarheit bestehen über die gesinnungsmässigen Ausgangspunkte. Bei allem Reichtum der politischen Individualität muss ein organisierter Sozialdemokrat eindeutiger als je zuvor wissen, dass die Organisation die Trägerin einer ganz bestimmten geistigen Entscheidung und einer festen politischen Marschroute ist. Ich bin weit davon entfernt, die Forderung aufzustellen, dass vor allen Konzentrationsverhandlungen feierlich inaugurierte Programmausschüsse zusammentreffen müssten. Die Zeit bedingt vielmehr auch bei uns schnell denkende, schnell tätige, also nicht zu zahlreiche Köpfe.

Das Ergebnis, zu dem sie gelangen werden, ist mir nicht zweifelhaft. Es wird keine „neue“ Partei geben. Selbst

wenn es sie gäbe, so würde sie in den Grundsätzen einer unzerstörbaren und unabdingbaren Ueberzeugung der „alten“ wie aus dem Gesicht geschnitten sein: der deutschen Sozialdemokratie. Ihre Schwäche lag nicht in ihren humanitären, freiheitlichen, demokratischen und sozialen Prinzipien. Unter den politischen Gebundenheiten der Nachkriegszeit und vielleicht in allzu blindem Glauben an den Sieg der Vernünftigkeit und der Gerechtigkeit im Zuge der menschlichen Geschichte hat sie diese Prinzipien nicht leidenschaftlich, nicht kühn genug verfochten.

Die Entschlossenheit, das mit allen sozialistischen Kräften, die zu ihr stossen, zu tun, ist identisch mit ihrer Erneuerung und Verjüngung: Aufgabe und Ziel der Konzentration.

Georg Beyer.

Verlorene Weltgeltung

Der deutsche Geist wird abbestellt

Man schreibt uns:
Vor kurzem wollte ich in einer englischen Bibliothek, die von einem Kreis interessierter Wissenschaftler privat unterhalten wird, eine deutsche Fachzeitschrift lesen. Wir haben sie und drei andere deutsche Zeitschriften seit zwei Jahren eingehen lassen, sagte der alte Bibliothekar und, auf meine Frage, ob das für ihn nicht schmerzlich sei, fügte er hinzu, er habe dem Professor natürlich vorge stellt, dass dadurch die ganze Sammlung der früheren Jahrbände abgewertet würde. Man habe ihm aber mitgeteilt, dass an dem Beschluss nichts geändert werde. Da die in Rede stehende wissenschaftliche Vereinigung trotz aller Krisen reich dotiert ist, versteht man zunächst nicht, warum das Interesse englischer Professoren für deutsche Geistesgut so plötzlich erlahmt ist. Lässt man aber den Inhalt deutscher Revue Revue passieren, dann beantwortet sich die Frage von selbst.

Eine altrenommierte juristische Wochenzeitschrift ist z. B. die „Deutsche Justiz“. In ihrer Nr. 23, Ausgabe A des 100. Jahrgangs bringt sie auf der ersten Seite als Geleitspruch einen Passus aus der Rede, die Ministerpräsident H. Göring am 8. Juni 1938 bei der Weihe der Meisterschule für Malerei in Kronenburg gehalten hat.

„Auf dem Boden der Arbeit entsteht die Kultur der Kunst. Sie ist immer dort im Gefolge gewesen, wo eine starke Staatsführung die Voraussetzung geschaffen hat. Aber trotzdem können wir gerade von seiten der Kunst diese Zeit eine gottbegnadete nennen, denn es könnte ja auch sein, dass ein genialer Staatsmann nicht unbedingt Künstler sein muss.“

Hier aber hat die Vorsehung dem deutschen Volke in einer Person alles geschenkt, nicht nur den genialen, starken Staatsmann und Politiker, nicht nur ein soldatisches Genie, nicht nur den ersten Arbeiter und wirtschaftlichen Gestalter seines Volkes, sondern vielleicht als allerstärkste Eignung den Künstler Adolf Hitler. Aus der Kunst kam er, der Kunst hat er sich zuerst verschrieben, der Kunst der Architektur, der mächtigen Gestalterin grossen und unvergänglicher Bauten. Und nun ist er zum Baumeister eines Reiches geworden, und in diesem Reiche hat er mit als erstes den gewaltigen Bau der Kunst errichtet. Die Kunst soll wieder emporblühen, soll wieder stark und deutsch sein.

Die Kunst soll wieder überall eine Heimstätte haben. Gewaltige Aufgaben sind ihr gestellt und werden ihr laufend gestellt werden. Wenn man heute bedenkt, allein welches Programm in den grossen Städten des Führers, Berlin, München, Nürnberg, Hamburg durchgeführt werden soll, dann kann man ermessen, welche hohen, umfangreichen und gewaltigen Aufgaben den Künstlern aller Zweige gestellt werden, um diesen gigantischen Bauten jene innere Schönheit zu geben, die dann erst das Vollendete gestaltet.“

Der kleine Auszug aus der Rede enthält in zehn Sätzen zwei grosse Denkfehler und 9 Sprachfehler, die schon in der vierten Mittelschulklasse peinlich auffallen würden. In einer wissenschaftlichen Zeitschrift abgedruckt, wirken die Sätze grotesk.

In der gleichen Nummer der Revue werden Entscheidungen höherer Gerichte veröffentlicht. Eine davon erklärt einen Bürgerschaftsvertrag für nichtig. Schuldner eines

zinslosen Gefälligkeitsdarlehens war ein Nationalsozialist. Der Gläubiger, ein Jude, machte die Gewährung des Darlehens, davon abhängig, dass der Schuldner einen verlässlichen Bürgen stellte. Der Darlehensnehmer liess also seinen Freund, einen SS-Mann, Bürgschaft leisten, und nun, so sagt das Urteil, ist die Bürgschaft nichtig, weil der Jude dem SS-Mann verschwiegen habe, dass er Jude sei. Die zweite Entscheidung beschäftigt sich ausführlich damit, dass der Lehrvertrag mit einer jüdischen Firma nichtig sei, selbst dann, wenn das Personal der betreffenden Filiale rein arisch sei, wenn also nur Arier die berufliche Erziehung des Lehrlings leiteten, weil der Rassenkampf im Verbands einer jüdischen Firma wegen des gemeinsamen Arbeitsinteresses nicht in dem staatlich notwendigen Masse ausgetragen werde.

In der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“, 5. Jahrgang, Heft 11, wird ein Artikel von Professor Dr. Graf von Gleispach, Mitglied der Akademie für deutsches Recht, über „das österreichische Strafrecht und Strafverfahrensrecht“ abgedruckt. Verwunderung erregen die Sätze:

„Kaiser Joseph II. hat die Todesstrafe abgeschafft. Aus dieser Tatsache in Verbindung mit vielen einzelnen Begebenheiten, die, mögen sie geschichtlich beglaubigt sein oder nicht, von der Güte des Herrschers zeugen, entstand die völlig irrige Meinung, er sei auch als Gesetzgeber sehr milde gewesen. Richtig ist gerade das Gegenteil. Der Kaiser war ein überzeugter Anhänger der Abschreckungslehre. Er beseitigte die Todesstrafe, weil er meinte, die abschreckende Kraft einer Strafe, deren Vollzug sich in wenigen Minuten vollende, könne nicht nachhaltig genug sein.“

An alledem ist nur das eine richtig, dass Joseph II. die Todesstrafe abgeschafft hat. Er tat es aber nachweisbar nicht, weil er den Ansichten des Grafen von Gleispach, sondern denen von Friedrich dem Grossen huldigte. Und dieser wieder nahm seine Auffassung aus der Lehre der Aufklärer. Niemand wird Voltaire andichten wollen, er sei gegen die Todesstrafe gewesen, weil sie nicht nachhaltig genug erschrecke. Joseph II. hat die Theresianische constitutio criminalis nicht nur in dieser, sondern in vielen anderen Beziehungen abgemildert. Das, was da in einer deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift behauptet wird, ist also nicht nur nicht beweisbar, sondern für jeden normalgebildeten englischen Juristen erwiesenermassen falsch.

„Die Deutsche Rechtswissenschaft“, eine im Auftrage der Reichsminister Bernhard Rust und Dr. Hans Frank herausgegebene Dreimonatszeitschrift lässt im dritten Band (zweites Heft) einen Herrn Hans Welzel zu Worte kommen. Dieser Jurist weiss über „Tradition und Neubau in der Strafrechtswissenschaft“ folgende hübschen Bemerkungen zu machen:

„Aufklärerischem, vernunftelndem Denken ist es eigen, dass ihm der Zugang zur Geschichte abgeht. Sein ganzes Denken glaubt es aus seiner Vernunft konstruieren zu können. Es hält sich für eine tabula rasa, vor der nichts da war, die aber selbst zu jeder Gestaltung fähig ist.“

Bei Göring gestaltete die innere Schönheit, die die Architekten gigantischen Bauten gaben, das Vollendete. Hier werden so-

gar die Tische lebendig, und eine tabula rasa wird zu jeder Gestaltung fähig. Der Artikel selbst enthält eigentlich weiter keinen Gedanken, als den oben wiedergegebenen. Er ist eine unverhüllte Anpreisung eines Buches des Herrn Welzel: „Naturalismus und Wertphilosophie im Strafrecht“, das 1935 erschienen und bis heute offenbar nicht seinen eigenen Wünschen entsprechend abgesetzt worden ist. Ähnliche Reklamen, die der Engländer gewiss nur mit Erstaunen im redaktionellen Teil wissenschaftlicher Zeitschriften lesen wird, kann er auf Schrift und Tritt in den deutschen Fachblättern finden. Was soll ein Gelehrter z. B. von der Fussnote 1 in einem Artikel von Karl August Eckhardt denken („Deutsche Rechtswissenschaft“ 3. Band, 2. Heft, S. 170):

Nachstehenden, zuerst in „Das Schwarze Korps“ vom 22. Mai 1935 abgedruckten Kurzaufsatz gebe ich, nachdem er bereits in der tüchtigen Arbeit von Rudolf Klare, Homosexualität und Strafrecht 1937, Berücksichtigung gefunden hat, nunmehr, um einige Anmerkungen vermehrt, allgemein zur Kenntnis.“

Als Vorrede zu einem Buche mag so etwas hingehen. Als Fussnote zu einem dreiseitigen „Kurzaufsatz“ erregen die Worte das Kopfschütteln wissenschaftlich gebildeter Leser, umso mehr, als eine wissenschaftliche Zeitschrift gewöhnlich nicht der Ort ist, wo Zeitungsartikel nachgedruckt werden. Der Ankündigung entspricht das Niveau des Artikels. („Widernatürliche Unzucht“.) Tacitus nennt der Verfasser ein „kostbares Werk deutscher Frühgeschichte“ und macht dem Leser weis, es stimme, wenn dort erzählt wird, dass die Germanen geschändete Frauen und homosexuelle Männer im Moor versenkt hätten. Eckhardt übersieht, dass die Stelle, auf die er Bezug nimmt, erster Forschung nicht standgehalten hat, und dass sich Philologen, Historiker und Juristen seit der Jahrhundertwende völlig darüber einig sind, Tacitus sei keineswegs zuverlässig. Er habe die Vorgänge, über die er berichtet, zum guten Teil frei erfunden, zum anderen Teil ent stellt. Das ganze Werk sei eine phantastische Satire, geschrieben zu dem Zwecke, die römischen Zustände zu geisseln. Die Ergebnisse wissenschaftlicher Textkritik werden von Eckhardt nicht einmal erwähnt. Im Gegenteil, fussend auf der Tacitus-Legende, fordert er die Gesetzgebung des Dritten Reiches auf, die Todesstrafe für Homosexualität wieder einzuführen:

„Wir ziehen die Folgerungen: Zweimal in unserer Geschichte ist die nordisch-germanische Auffassung der widernatürlichen Unzucht verfälscht worden.“

Zum ersten Male durch die Kirche, der die Tötung der Homosexuellen nicht als Ausmerzungen der Entarteten zwecks Reinhaltung der Rasse, sondern als Ausrottung der Ketzer zur höheren Ehre Gottes galt.

Zum zweiten Male durch den Einbruch westlicher Anschauungen, nach denen der Homosexuelle mehr eine Spielart als eine Entartungsform des Normalmenschen darstellt.

Diese zweite Ueberfremdung nordischen Empfindens, die mit Voltaire einsetzt, mit der französischen Revolution ihren ersten Höhepunkt erreicht und nach dem Zusammenbruch von 1918

Napola

Dressuranstalt für künftige Unterführer

Deutschland völlig zu überfluten drohte, verdrängte die Todesstrafe und reichte die Homosexualität unter die Sittlichkeitsdelikte ein, wodurch sich der Beurteilungsmaßstab völlig verschob. Dennoch gelang es ihr nicht, den gesunden Widerwillen des nordischen Menschen gegen die Homosexualität zu brechen, und noch immer stehen die germanischen Staaten als geschlossener Block dem westlichen Kulturkreis gegenüber.

Wie wir heute in der Frage der Mischchen zwischen artfremden Rassen zu der altgermanischen Auffassung zurückgefunden haben, so müssen wir auch in der Beurteilung der rassevernichtenden Entartungserscheinung der Homosexualität zurückkehren zu dem nordischen Leitgedanken der Ausmerzung der Entarteten. Mit der Reinerhaltung der Rasse steht und fällt Deutschland.

Nachdem wir so in bunter Reihenfolge aus einigen wenigen der zuletzt erschienenen deutschen Fachzeitschriften einige wenige Stilblüten haben auf uns wirken lassen, werden wir verstehen, warum die englischen Professoren, entgegen der Bitte ihres Bibliothekars, bei ihrem Entschluss geblieben sind. Sie haben den „deutschen Geist“ abbestellt und sie haben recht daran getan.

Abbruchpsychose

Das Wort „Psychose“ gehört zu jenen Fremdwörtern, die bei einigermaßen falscher Anwendung eine erhebliche Verwirrung stiften können und die deshalb im Dritten Reich besonders beliebt sind. Jede Misstrauensregung gegen das nationalsozialistische Regime ist, wenn ein Einzelner dabei erwischt wird, ein „Verbrechen“. Sobald die Zahl der Misstrauischen die Verhaftungskraft der Gestapo übersteigt, wird aus dem Verbrechen eine „Psychose“. Es gibt gelegentlich „Knappheitspsychosen“, wenn weder Fleisch noch Butter noch Eier auf dem Markt zu haben sind. Es gab einmal eine „Hamsterpsychose“, durch die viele Erkrankte sich verleiten liessen, gute Kleiderstoffe auf Vorrat zu kaufen. Die Ansteckung wurde an dem Tag unwirksam, da es nur noch Ersatzstoffe zu kaufen gab. Es gibt eine „Teuerungpsychose“, die der Tatsache entspringt, dass in Deutschland die Preise steigen, während die Löhne stabil bleiben. In Berlin ist augenblicklich die „Abbruchpsychose“ grosse Mode, und die Presse muss wieder einmal gut zureden. Die „Achsen“, die kreuz und quer durch die Hauptstadt gelegt werden, bedrohen zahlreiche Wohn- und Geschäftshäuser. Hunderte von Familien, Hunderte von Einzelhändlern, Wirten, Handwerkern sind schon heute „auf Wanderschaft“ und ihre Zahl wird sich, wie die Presse beschwichtigend mitteilt, noch erheblich steigern.

Oberbürgermeister a. D. Zörner, der nach mehreren peinlichen Affären in Dresden seiner Bürgermeisterwürde entkleidet wurde und heute als der Beauftragte des Generalinspektors Speer in Berlin wirkt, teilte der Presse mit, „alle Opfer des grossen Umbaus der Reichshauptstadt könnten beruhigt sein, sie alle würden ein neues, ihnen zusagendes Heim finden, ihnen werde der Umzug vergütet, und wenn eine besondere Notlage vorliege, dann erhielten sie auch noch weitere Beihilfen“. Um die Auszahlung dieser Gelder mit nationalsozialistischer — und Zörnerscher — Exaktheit

Nachdem die nationalsozialistischen Machthaber in Deutschland jeden Widerspruch, jede oppositionelle Äusserung durch blutige Abschreckungsmethoden unterdrückt haben, sind sie in der Situation von Raubtierbändigern, die — siegesicher ins Publikum lächelnd — alle Bewegungen der dressierten Tiere ängstlich belauern, immer den Revolver bei der Hand, immer den Finger am Abzug, die Stille fast mehr fürchtend als das leise Knurren der Wut. Wie Raubtierbändige wissen sie auch, dass es darauf ankommt, die Bestien in die Hand zu bekommen, solange sie jung sind, sie möglichst früh von ihresgleichen abzusondern, sie nur ein Wesen fürchten und lieben zu lehren: den Bändiger, der ihnen die Peitsche und das Futter gibt.

Was die deutschen Diktatoren in den Schulen angerichtet haben, genügt ihnen nicht. Zwar wurden die freiheitlich gesinnten Lehrer entfernt, zwar wurde der wissenschaftliche Unterricht zugunsten des körperlichen Drills weitgehend eingeschränkt, zwar wurde das schulische Leben so eng mit dem Hitlerjugend-Dienst verknüpft, dass es für eigenwillige Einzelgänger keinen Raum mehr gibt, aber der Einfluss des Elternhauses bleibt unberührbar, noch unberechenbarer die Wirkung des Berufslebens, in das die Kinder bald nach der Schulzeit entlassen werden. Durch die Einschaltung von Landjahr, Arbeitsdienst und Heeresdienst wird der Übergang im Sinne der autoritären Erziehung reguliert, doch dabei beruhigen sich die vorsichtigen Volksbänder nicht. Noch immer übt die Umwelt eine allzugeschlossene Macht auf die jungen Seelen aus, und wenn sich in den Hitlerjugend-Gruppen hier und da ein Hang zum Widerspruch bemerkbar macht, wird diese Umwelt auch sofort unter die Lupe genommen, werden die Betriebe und Elternhäuser nach „unzuverlässigen Elementen“ durchsucht.

Ein noch wirksameres Mittel gegen die sogenannte Vergiftung der Jugend glauben die Machthaber an anderer Stelle entdeckt zu haben. Sie sagen sich: eine ernsthafte Opposition braucht Anführer. Berauben wir eine etwa zu fürchtende Jugend-Bewegung, noch ehe sie wirksam wird, der Köpfe! Mit dem Rest ist fertig zu werden. Seit fünf Jahren bemüht man sich deshalb, eine Auslese zu treffen und die Burschen, die man als die wertvollsten erkannt zu haben glaubt, in strenger Abgeschlossenheit zu erziehen. Fern vom Volk sollen die künftigen Regierungsstützen, die hohen Partei- und Staatsbeamten, die SS-Führer und Gestapo-Hauptlinge heranwachsen.

zu regeln, wurden gleich zwei Fonds gegründet, für deren Verwaltung zwei Beamten garnituren sorgen:

„Unbequemlichkeiten und Härten müssen nun einmal von den betroffenen Berlinern getragen werden, aber wo sie die Grenze des Zumutbaren überschreiten, da greift — unabhängig von den in den meisten Fällen bereits zu zahlenden gesetzlichen Entschädigungen — der „Billigkeitsfonds“ ein, so vor allem für die Erstattung von Umzugskosten für Mietbeihilfen, insbesondere dann, wenn die angebotene Ersatzwohnung erheblich mehr kostet als die alte. Für alle besonderen Schäden und Härten, deren Beseitigung die finanzielle Kraft des Betroffenen übersteigt, ist neben dem Billigkeitsfonds ein besonderer Härtefonds geschaffen.“

Soeben halten die „Napola“, die Nationalpolitischen Erziehungsanstalten, bei Ahrenshoop an der Ostsee ein Sommerlager ab. Vor fünf Jahren wurden die ersten drei Schulen dieser Art in Preussen gegründet, seither ist ihre Zahl im ganzen Reich auf vierzehn gestiegen, vier weitere Anstalten sollen in diesem Jahr eröffnet werden. 2300 „Jungmänner“ sind in dem Ahrenshooper Lager vereinigt. Sie erhalten regelmässig Besuch von hohen SA- und SS-Führern, von Ministern und Reichswehroffizieren. Die Presse rühmt besonders

„die Homogenität der innern und äusseren Verfassung und zugleich die Verschiedenheit im Altersaufbau der einzelnen Zellgemeinschaften. Die Homogenität: durchweg gutgewachsene und gutaussehende junge Menschen, mit geschickten Augen und einer überraschend schnellen Auffassungsgabe, die sich auch in schwierigen Situationen bewährte; und die Verschiedenheit: Jungen, die kaum dem Pimpfenalter entwachsen waren und daneben andere, die man eigentlich schon mehr zu Erwachsenen rechnen möchte und die, um ein Beispiel zu nennen, den Kübelwagen mit 60 „Sachen“ sicher und geschickt über die sandigen Wege zur nächsten Poststelle steuerten.“ („Berliner Tageblatt“, Nr. 114)

Die scheinbare „Homogenität“ ist natürlich kein Zufall und beruht auch nicht allein auf der gleichartigen Erziehung. Diese Zehn- bis Achtzehnjährigen, die nur dreimal im Jahr eine kurz bemessene Ferienzeit im Elternhaus verleben dürfen, sonst aber im Internat untergebracht sind, wurden nach einer bestimmten Methode ausgewählt. Es schied von vornherein alle Kinder aus, die nicht die vorschriftsmässigen Körpermasse hatten, etwa gar körperliche Mängel aufwiesen oder auch nur schwächlich erschienen. „Völlig gesund, rassisch einwandfrei, charakterlich sauber, geistig beweglich“ — das sind die Hauptforderungen, und die geistige „Beweglichkeit“ steht nicht umsonst am Schluss. Während man ursprünglich darauf aus war, nur eine „Elite der deutschen höheren Schulen“ zusammenzustellen, sind einzelne Anstalten dazu übergegangen, sogenannte Aufbauzüge anzugliedern, Klassen von Volksschülern, die an die anderen herangeführt werden. Das Hauptkontingent stellen nach wie vor die begüterten Schichten, und die Söhne gehobener Parteifunktionäre sind in grosser Zahl vertreten.

Uneingeweihte könnten versucht sein, die „Napola“ mit den englischen public schools zu vergleichen, die den Söhnen der englischen Bürgerfamilien gleichfalls von einem frühen Lebensalter an Internatserziehung angeedelt lassen. Schon ein Blick auf den Lehrkörper der beiden Anstalten genügt, um den Unterschied deutlich zu machen. In den public schools unterrichten die besten wissenschaftlichen Lehrkräfte des Landes. In den Nationalpolitischen Erziehungsanstalten sind die pädagogisch ausgebildeten Lehrer in der Minderzahl, der Erzieherstab ist bunt zusammengewürfelt, es unterrichten Offiziere, Techniker, Aerzte, Architekten, die nur eines gemeinsam haben: das Parteibuch, die „nationale Zuverlässigkeit“. Die englischen Internatskollegen — die übrigens viele Monate im Jahre Heimurlaub haben — sollen dem zivilen Leben zugeführt, die deutschen sollen davon fortgeführt und in jene soldatische Oberschicht eingegliedert werden, die durch hunderte Privilegien vom Volke getrennt und dem System auf Gedeih und Verderb verbunden ist. Dazu bedarf es eines geringen Bildungsgrades, aber einer guten politischen und militärischen Schulung.

Für die Zukunft wird die Frage entscheidend sein, ob es wirklich die „Besten“ sind, die aus der Masse der deutschen Jugend in wachsender Zahl herausgenommen und in strenger Abgesondertheit erzogen werden. Die Auswahl erfolgt, wie das bei der Beschaffenheit der nationalsozialistischen Schiedsrichter nicht anders möglich ist, in erster Linie nach körperlichen Gesichtspunkten. Die Überzeugung, dass in einem „rassisch hochwertigen“ Körper auch ein erlebter Geist wohnen müsse, der Glaube, dass Blondhaarigkeit, Blauäugigkeit und Muskeltraffheit ein besonders ausgebildetes Gehirn zu garantieren vermögen, hat sich in den führenden Rassefanatikern viel zu sehr festgesetzt, als dass ihnen Zweifel aufzukommen könnten. Diese Manie hat sie gross gemacht, weil sie den Geltungsinstinkten zahlreicher gescheiterter Kleinbürger entgegenkam, an dieser Manie werden sie vielleicht eines Tages zugrunde gehen. Denn die geistigen Führer des kommenden deutschen Staates wachsen nicht in den „Napola“-Kasernen heran, in denen jedes selbständige Denken vom Drill verschlungen wird. Sie dürften eher dort zu suchen sein, wo die Nationalsozialisten nicht suchen, in den Reihen der wenig beachteten, etwas unterernährten Durchschnittsturner, die öfter als verlangt wird ein Buch aufschlagen und bei den sportlichen „Leistungskämpfen“ leicht ins Hintertreffen geraten. Von ihnen scheint keine Gefahr zu drohen — wenn man die Gefahr nur bei den stärkeren Fäusten sucht. Sie werden deshalb keiner Sonderbehandlung unterzogen.

Möglich, dass die Abbruchpsychose damit beseitigt ist. Möglich auch, dass die Betroffenen das Gefühl haben, hier werde ein Abbruch gewirtschaftet und der Billigkeitsfonds sei ein recht teurer Fonds, den sich Berlin in Wahrheit garnicht leisten könnte. Das wäre dann schon wieder die nächste Psychose, von der selbst die Auslandsbürger des Dritten Reichs angesteckt sind.

Zukunft

„Mein Lieber“, sagte der Direktor zum Autor, „jetzt kommt das Schwierigste“.

Die Finger des Autors blättern nervös in seinem Manuskript. „Das Schwierigste?“ frug er. Er hatte alle Wünsche des Ausschusses berücksichtigt; er hatte vier Kinder in das Stück hinein komponiert; die Eheleute sagten einander beim Gutenachtkuss „Heil Hitler“; die üppige Tafel im Hause des Konsuls war gestrichen, weil sie als Rechtfertigung von Klassenkampfgedanken angesehen werden konnte; der Kapitalist und der Arbeiter versöhnten sich schon vor der grossen Pause, klar und deutlich triumphierte der Volksgemeinschaftswille; über den Individualisten, der in keine Uniform zu pressen war und der eine eigene Meinung zu vertreten schien, brach schon im zweiten Akt das Volksgericht der empörten Hausgenossen herein; ein bekehrter Mekkerer gar zerriss im dritten Akt ein liberalistisches Werk, das er sich von ehemals aufbewahrt hatte. Von dem Schwur aufs Hakenkreuz, den zwei bussfertige Marxisten ablegten, gar nicht zu reden. Auch das lang hinabwallende Haar der Frauen war auf Wunsch des Vetreters der Friseur-Innung gestrichen worden. Wieso also kam nun noch das Schwierigste?

„Sie haben den letzten Akt in die Zukunft verlegt“, sagte der Direktor eisig. „Spielt zehn Jahre später. In freien Rythmen, gut. Trotzdem ist die Sprache der Lyrismen noch zu klar. Haben Sie im Dritten Reich schon mal eine deutsche Utopie gelesen? Wir können uns alles Mögliche vorstellen, nur die Zukunft nicht. Ein Autor kann im Mittelalter alles, in der Gegenwart wenig, in der Zukunft nichts spielen lassen.“

Bleiben wir bei Ihrem Manus. Der Ausschuss streitet schon um die drei Weiber, des Hauses treue Schaffnerinnen, wie Sie dichten. Da geht der Krawall in der Partei schon los. Die einen träumen von Hegehöfen und Zuchtanstalten, die andern vom Heimchen am Herd, die Unentwegten von der Amazone oder der leckeren Marketenderin.“

Wortlos spitzte der Autor den Blei und wuchtete gewaltige Striche über fünf Seiten.

„Und dann die Religion. Muss das sein? Der Bauer geht in die Kirche, betet zum Kreuzifix. Das Schwarze Korps würde uns fressen. In zehn Jahren soll in heiligen Hainen zu Wotans Schwert gebetet werden. Der Blockwart muss auch in hohem Bogen raus. „Der Vater des Viertels“ — da bekreuzigt sich sogar die SA. Zehn Jahre Blockwart... Fehlt nur noch die Winterhilfe und der Eintopf.“

Der Autor macht lange Striche. „Seite 120. Frei regen alle Künste ihre Schwingen... Streichen. Wird uns sonst als Wunschtraum, als Meckerei angekreidet. Eine Seite weiter wird die freie Betriebsgemeinschaft verherrlicht. Der Unternehmer schenkt das Werk dem Staate. Haben Sie den Krakeel vergessen, der sich an Hauptmanns „Herrscher“ knüpfte?“

„Darf ich fragen, welche Vorstellungen der Ausschuss von der Wirtschaft der Zukunft hat?“ — hob der Autor die Augen. „Privatwirtschaft? Sozialismus?“ „Besten Dank. Ich lasse mich nicht erpressen. Verbotenes Thema. Desgleichen der vierte Gesang. Da werden die Siege auf den Schlachtfeldern erwähnt. Jeden Tag können Sie in den Blättern lesen, dass wir nichts als den Frieden wollen. Möchten Sie,

dass die Engländer unsere Rüstungen überholen?“

Lange Striche. „Also werde ich einen Friedenspalm einlegen.“

„Mit nichten. Sonst kommt uns wieder die Hitlerjugend auf den Hals. Ebenso hier, Seite 132. Da streift ihr Gesang breit über alle Grenzen hin. Man hört von Schweizer Firmen, Hollands Deichen, von Skandinaviens kühlen Fjorden, von Finnlands Rentierherden, von Mazedoniens Lämmern. Was für Begriffe — in zehn Jahren. Man wird uns Mangel an Phantasie vorwerfen. Haben Sie die Zukunfts-Landkarten schon gesehen, mit denen die Pimpfe spielen? Sehn Sie sich die Grenzen mal an. Das ist Lage, Mensch, ganz grosse Lage... Ich werde mich hüten.“

Der Autor machte lange Striche. Ein paar Seiten blieben übrig, auf denen geschildert wurde, wie ein Paar auszieht, um in wildem Lande für das Deutschtum zu werben. „Vielleicht sollte ich den Rest gleich nach Afrika verlegen, da kann mir niemand“, meinte der Autor und spielte träumerisch mit dem Blei.

„Afrika“, sagte der Direktor. „Afrika? Fragen Sie den Vertreter der NSDAP, ob Afrika in zehn Jahren nicht deutsch ist.“

B. Br.

Rückblicke

In der Zeitschrift „Die neue Linie“ sucht einer die reaktionäre Reinigung der deutschen Museen verständlich zu machen. Das alte Museum gebe es eben nicht mehr, sondern der „heutige Staat sieht im Museum zuerst eine Sammlung von Vorbildern zur Erziehung von Volk und Künstlern... Und ein Corinth, oder ein Europäer wie

Feininger, die verwirren eben den braunen Künstler, so schwach ist er gebaut. Das jedoch heisst es:

„Die Liberalen bei uns und im Ausland beklagen nun den Verlust der künstlerischen Freiheit, übersehen aber, dass die Kunst dann ihr Grösstes geleistet hat, wenn sie in einem Dienst für die Kirche oder den Fürsten stand.“

Die „DAZ“ druckt diesen Unsinn nach wahrscheinlich aus Bosheit. Denn die Künstschaffen früherer Jahrhunderte, die grosse oder kleine Kunst, vollzog sich unter der Herrschaft der Kirche oder absolutistischen Fürstentums. Diese Mäcene bestimmten jedoch höchstens den Inhalt der Kunst mit, die Form jedoch überliessen sie dem Künstler, während Hitler der Kunst auch vorschreibt, welche der Farben und Formen gesund und welche „krank“ sind. Nie hat sich einer von Gottes Gnaden um solchem Grössenwahn und solchem Dilettantismus verstiegen. Aber das Seltene obigem Zitat ist: — Hier wird einmal klar und deutlich zugegeben, dass es mit der künstlerischen Freiheit im Dritten Reich vorbei ist. An den Feiertagen wird das oberer Stirn bestritten. Goebbels hat kürzlich in Danzig und vorher in Wien wieder behauptet, die Kunst habe die Stelle der früheren Freiheit eine andere erlangt. Wie die aussieht, das konnte er zwar nicht näher bezeichnen, aber er behauptete sich in Wien den unverschämten Schwindel: „Nicht ein einziges Mal ist mir versucht worden, in den inneren Betrieb des Theaters hinein zu reden.“ Verbote von Stücken wie die von Barlaam oder Kästner, oder die Verfernung Weidmanns von „Don Carlos“ und „Nathan der Weise“ vom deutschen Spielplan — das und

Es gibt noch Demokratie

Die Diktatoren haben schon recht: wer behauptet, dass im Dritten Reich die Demokratie gewaltsam vernichtet worden sei, ist ein heimtückischer Nachbeter von Greuelmärchen. Jeder Tag bietet handgreifliche Beweise vom Gegenteil.

Wer sie finden will, muss sich freilich auf Entdeckungsfahrten in den Wirtschaftsteil der deutschen Presse begeben. In den Generalversammlungen der Aktiengesellschaften, dort, wo sich der „deutsche Sozialismus“ am deutlichsten manifestiert — dort gibt es sogar noch die Merkmale eines verrotteten Parlamentarismus mit Anfragen, Protesten und Abstimmungen, bei denen die Mehrheit entscheidet.

Vor einigen Tagen tagte in Kassel die ordentliche Hauptversammlung der Wintershall-AG. 107 Aktionäre vertraten annähernd 94 Millionen Mark-Aktien mit 234 724 Stimmen. Hier geschah folgendes:

„Nach Eintritt in die Tagesordnung erklärte Aktionär Bankier Lambrecht-Essen, dass er den Geschäftsbericht für nicht genügend aufschlussreich halte. Er stellte verschiedene Fragen, die die Beteiligung der AG. an verschiedenen anderen Unternehmungen betrafen. Die Verwaltung lehnte die Beantwortung der Fragen ab. Gegen den entsprechenden Ablehnungsbeschluss gaben drei Aktionäre Widerspruch zu Protokoll. Die gleichen drei Aktionäre erhoben gegen die Entlastung von Vorstand und Aufsichtsrat und gegen die Gewährung einer Vergütung von wieder 200 000 Mark an den Aufsichtsrat und gegen die Wiederwahl des gesamten Aufsichtsrates Widerspruch.“

In den grossen Industriegesellschaften, wo man Hunderttausende an ein kleines Gremium von bekanntlich überbeschäftigten Aufsichtsratsmitgliedern ausschütten kann, erlaubt man somit noch Opposition. Dass sie resultatlos bleibt, tut nichts zur Sache; auf diesem Gebiete hat sich die deutsche Volksgemeinschaft noch eine rühmensewerte Meinungsfreiheit bewahren können.

Die deutschen Arbeiter werden sich freuen, dass es in der Deutschen Arbeitsfront solch zuchtlose Rückfälle in die Jahre der Erniedrigung des deutschen Volkes nicht mehr gibt und hier durch Befehl und Handaufheben die schwierigsten Probleme gelöst werden können.

Konjunktur

Vor dem Berliner Schöffengericht wurde ein Erfinder wegen Rückfallbetruges zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte es verstanden, immer neue Gelder aus seinen „Interessenten“ herauszuziehen, auch wenn sie schon durch hohe Verluste geschädigt waren. Kein Wunder. Der Mann behauptete u. a. Gummistiefel erfunden zu haben, die „bei Fliegerangriffen völlig kampffest seien“ und einen Asbestanzug, der „jedem Privatmann bei kriegerischen Angriffen aus der Luft gute Dienste leisten werde“. Welcher kleiner Geldgeber könnte da widerstehen — in einer Zeit, da die grossen Geldnehmer mit ähnlichen „Erfindungen“ viele Millionen scheffeln.

sonstigen über den Häuptern der Direktoren dauernd schwebenden Drohungen, das ist für Goebbels nichts, das ist die neue Freiheit der Kunst.

Heute dürften die Wiener Theaterleute völlig im Bilde sein, denn inzwischen wurde in der deutschen Kolonie Oesterreich das neue Theatergesetz eingeführt, das u. a. besagt: „Der zuständige Minister kann die Aufführung bestimmter Stücke im allgemeinen oder im Einzelfall untersagen oder verlangen...“ Die Aufführung von Theaterstücken zu befehlen, soweit ging nicht einmal Metternich.

Auf den künftigen Spielplan der Wiener Theater breitet sich bereits die deutsche Ordnung, die jetzt nach Saisonschluss von der neudeutschen Presse wieder einmal mehr oder weniger verschleiert zugegeben werden muss. Gründlichere Betrachtungen hat sich diese Presse längst abgewöhnen müssen, weil sich alljährlich dieselben Klagen ergeben: zuviel Historie, zuviel Flucht ins Ausland, zu wenig Nachwuchs, selbst unter den Lustspielen zuviel alle Scharfzungen. Der „Völkische Beobachter“ klagte kürzlich in einer Betrachtung der abgelaufenen Berliner Spielzeit über mangelnden Wagemut der Theaterleiter, über die Herrschaft des Mittelmässigen, über das Fehlen des Zeitkolorits. Wieder kein Stückchen das den Weg ins Ausland gefunden hätte. Die Provinzblätter wagen schon nicht mehr, die Ausbeute auch nur mit vorsichtiger Kritik zu werten. Lächelnden Gesichts kühlen sie ihre Leser mit Sätzen an, wie diesem („Dresdener Anzeiger“ 3. Juli):

„In der verflornten Spielzeit konnte man an die 100 Premieren, und zwar allein auf der Sprechbühne buchen, und die lebensbejahende Note der Millionenstadt drückt sich in der Tatsache aus, dass mehr

Waffen, leichter gemacht

Von Ing. Kurt Doberer

In den neunziger Jahren des vergangenen Jahrhunderts setzte man in der Kriegstechnik grosse Hoffnungen auf zwei Metalle, die eben zum ersten Male in praktisch verwendbaren Mengen rein hergestellt werden konnten: auf das Chrom und auf das Aluminium. Wie wir heute wissen, haben diese Hoffnungen nicht getrogen. Chrom ist heute ein entscheidender Bestandteil der Stahllegierungen für Panzerplatten geworden. Aluminium ist der Grundbaustoff der Flugzeugindustrie. Beide Metalle sind durch Legierungen mit anderen Metallen erst zu ganzer Wirksamkeit gekommen — mit Ausnahme der einzigen Legierung, die man damals vorschlug, der Legierung von Chrom mit Aluminium.

Aluminiumgewehre.

In den gleichen Jahren vor der Jahrhundertwende, in denen eine wahre Revolution in der Infanteriebewaffnung zu immer weitertragenden, schneller schiessenden und zugleich leichteren Gewehren führte, in einer Zeitspanne, in der Professor Hebler seine Propaganda für eine rasante Patrone von nur fünf Millimeter Kaliber führte, in diesem Zeitpunkt machte auch Professor Skugarewski seinen Vorschlag einer radikalen Wendung zu einem leichteren Gewehrmaterial. Warum noch weiterhin das schwere Eisen zu Gewehrläufen verwenden, meinte Skugarewski, wenn man jetzt das leichte Aluminium zur Verfügung hat? „Die Einführung von Gewehren aus Aluminium, das nur etwa so schwer wie ordinäres Glas ist, muss daher eine dringende Frage der Zukunft bilden. Man wird ohne Zweifel eine entsprechende Metalllegierung herstellen und die Technik wird auch für diese Frage eine Lösung finden.“ Heute, nach beinahe fünfzig Jahren, hat die Technik eine metallurgische Lösung für die Vorschläge Skugarewskis noch nicht

gefunden, obwohl es kaum ein Gebiet gibt mit so vielen Metallegierungen und soviel wunderbaren Eigenschaften, wie beim Aluminium. Zu gleicher Zeit hatte man damals Gerüchte verbreitet, dass Deutschland zumindest die Patrone seiner Infanteriemunition in aller Heimlichkeit aus Aluminium herstellen lasse, um das Gewicht entscheidend zu erleichtern. Diese Gerüchte sind heute nach fünfzig Jahren, in der Epoche des autarkiebedingten Aufschwungs der Aluminiumproduktion wieder aktuell geworden.

Aluminium-Handgranaten.

Man sucht heute — ausserhalb der Flugzeugindustrie — eifrig nach Möglichkeiten, das Aluminium mit Vorteil in die Technik der Kriegswaffen einzuführen. Ein sehr beachtlicher Vorschlag wurde vor kurzem auf diesem Gebiet von dem Berichterstatter 28, im „Militärwochenblatt“, Berlin, gemacht. Der Berichterstatter betont, dass die deutsche Stielhandgranate keineswegs ideal sei. Die deutsche Handgranate hätte eine grosse moralische Wirkung, entscheidend sei aber die tatsächliche. Die Eierhandgranate mit dicker Wandung und wirkungsvollen Splintern sei viel gefährlicher. Vor allem kann aber der Infanterist ein Mehrfaches an Eierhandgranaten tragen. Um diese Zahl für den Mann noch mehr zu steigern, schlägt nun Berichterstatter 28 vor, die Eierhandgranaten aus Aluminium herzustellen. Es ist natürlich klar, dass sich Aluminiumgranaten — eben weil sie leichter als eiserne sind — zwar auch nicht weiter werfen lassen, aber statt der acht Stielhandgranaten, mit denen man im praktischen Kampf 25 Meter weiter trifft, kann der mit Aluminium-Eierhandgranaten ausgerüstete Infanterist mindestens dreissig Stück tragen. Mit diesen erreicht er Wurfweiten von 35 Metern. Wenn wir verfol-

gen, welche entscheidende Waffe im Spanienkrieg die Handgranate in vielen gefährdeten Abschnitten und für Sonderaktionen ist, müssen diese Vorschläge zu ihrem massierten Einsatz ganz ernsthaft geprüft werden.

Wunden ohne Heilung.

Von dem Augenblick an, von dem die Gefahr besteht, dass im Kampf Wunden durch Aluminiummetall gerissen werden könnten, ist ein ganz besonderes Augenmerk der Eigenart von Aluminium-Wunden zuzuwenden. Es ist in der Metallindustrie bekannt, dass Schlosser und Spengler eine ganz besondere Scheu vor der Verarbeitung von legierten Aluminiumblechen zeigen. Selbst geringfügige Einritzungen der Haut ergeben bei Aluminium-Verletzungen langanhaltende, schwierig zu behandelnde Eiterungen. Man hat zuerst behauptet, dass diese Eiterungen durch die besondere chemische Zusammensetzung der Aluminiumlegierungen entstehen, hat dann aber diese Ansicht dahin korrigiert, dass die Legierungen an sich ungiftig seien, aber die porösen Metalloberflächen hier eine Aufspeicherung von Krankheitskeimen gestatten. Klargestellt ist diese Frage aber durchaus nicht. Jedenfalls geben auch die deutschen Aerzte zu, dass schwierige Eiterungen bei Aluminiumverletzten schon bei geringfügigen Einritzungen der Haut auftreten, wenn diese Ritzen ohne Verband bleiben oder nur ein Pflaster aufgeklebt wird. Es ist klar, dass bei Anwendung von Aluminiumhandgranaten die schwierigsten Eiterungen an Wunden vorzuzusehen sind. Ja, es besteht augenscheinlich sogar die Möglichkeit, die porösen Oberflächen der Sprengstücke durch besondere Zusammensetzung des Füllpulvers so zu vergiften, dass chemisch tödende Wunden entstehen, ohne dass man den Zusammenhang eindeutig nachweisen und ächten könnte.

Steuern und Volkseinkommen

Im Statistischen Jahrbuch des Deutschen Reiches werden die Einnahmen des Reiches aus Steuern und Zöllen im Jahre 1929 mit 6 740,7 Millionen Reichsmark angegeben. Nach der gleichen Quelle betrug das gesamte Volkseinkommen im gleichen Jahre 75 949 Millionen Reichsmark. Die gesamten Steuer- und Zolleinnahmen machten also in jenem Jahre etwa 8,9 Prozent des Volkseinkommens aus.

Im Jahre 1937 sind die Reichseinnahmen aus den Steuern und Zöllen auf 14 000 Millionen angestiegen. Sie haben sich also gegenüber 1929 mehr als verdoppelt. Das Volkseinkommen wird aber mit nur 68 500 Millionen Reichsmark ausgewiesen. Es ist damit nach der offiziellen Angabe noch um rund 750 Millionen Reichsmark oder beinahe 10 Prozent geringer als 1929. Infolgedessen machen im Jahre 1937 die Steuer- und Zolleinnahmen nicht mehr 8,9 Prozent aus wie vor neun Jahren, sondern ihr Anteil am Volkseinkommen hat sich auf 20,4 Prozent erhöht.

Mehr als ein Fünftel des ganzen Volkseinkommens beschlagnahmt demnach die Hitlerregierung in Form der Zölle und Steuern. Dazu müssen nun noch die erheblichen Zwangsbeiträge für die Arbeitsfront, für andere nationalsozialistische Gliederungen, für die Winterhilfe usw. gerechnet werden. Man kommt also nahezu auf ein Viertel der gesamten Volkseinkünfte, die der nationalsozialistische Staats- und Parteiapparat dem Volke stiehlt!

Wer etwa meint, dass sich zwar die Reichssteuern erhöht, dafür aber die Landes- und Gemeindesteuern erheblich ermässigt hätten, der irrt. Die Landes- und Gemeindesteuern werden im Statistischen Jahrbuch für das Deutsche Reich für 1929 mit 4213 Millionen Reichsmark ausgewiesen und sie brachten im Jahre 1936 immer noch 4000 Millionen Reichsmark. 1937 wahrscheinlich sogar mehr!

Und die Träger dieses Regimes, das die Steuerschröpfung bis aufs Blut treibt, haben einmal in ihrer „Kampfzeit“ mit dem Geschimpfe gegen die hohen Steuern Anhänger gesucht und gefunden!

Der peinliche Name

Die Reichsstelle für Sippenforschung in Berlin NW 7 gab folgendes Gutachten ab:

„Der Familienname Morgenstern ist ursprünglich deutscher Herkunft und wurde in älteren Zeiten nur von deutschstämmigen Familien getragen. Nach der Judenemanzipation nahmen einige jüdische Familien den Namen Morgenstern an, so dass dieser jetzt stellenweise in Deutschland jüdisch vorkommt. Da die jüdischen Namensträger jedoch ihrer Zahl nach in keinem Verhältnis zu den arischen Namensträgern Morgenstern stehen, kann der Name Morgenstern weder als Judename noch als häufig von Juden getragener Name angesprochen werden.“

Mit diesem Entscheid hat sich die Reichsstelle kein Verdienst erworben. Der grosse Namensvetter jener Morgensterns — Christian Morgenstern — hätte sich sicher noch im Grabe gefreut, wenn sein Name aus den Registern des Dritten Reiches verschwunden wäre.

als die Hälfte Stück geheitern und leichteren Inhalts waren. Eine sehr natürliche Erscheinung, da die Mehrzahl der Berliner Theater sich zu wirklichen Volksbühnen entwickelt haben.“

In Wirklichkeit waren „mehr als die Hälfte“ der Stücke nicht nur leichteren, sondern allerleichtesten Inhalts: läppische Operetten, Possen, Schwänke mit gleichgeschaltetem, zensurierterem „Humor“. Das nennt sich heute drüben „lebensbejahende Note“, und wieder wird naiv zugestanden, dass diese kitschbejahende Note des reichsten Amüsierbetriebs heute das Signum der Volksbühnen ist. Welch ein Abstieg. Die Volksbühnen der Demokratie durften sich Hochburgen des deutschen Dramas nennen, heute sind sie unter „Charleys Tante“, „Die deutschen Theater sind wieder gefüllt“, posaunt Schmock. Jawohl, gefüllt vom banausischem Amüsierspiessertum. Das ist nach Goebbels der Weg zum „deutschen Nationaltheater“. Um die Welt mit Erfolg anzulügen, musst du nur das richtige Wort, die richtige Marke finden.

Wiederkehr der Intelligenzbestie

Wer sich mit den Literaten des Dritten Reiches beschäftigt, tut unrecht, nur an die offiziellen Lakaien des braunen Regimes zu denken. Viel interessanter und aufschlussreicher sind die Zwischenstufen: jene Autoren, die ihr liberalistisches Erbe feierlich abschwören, aber zugleich in die heimstückerische Falle ihrer geistigen Belastung geraten und sich mit „Synthesen“ zu behelfen versuchen.

Einer von ihnen ist Werner Deubel. Bis 1933 schrieb er für viele Zeitschriften und

Zeitungen Aufsätze, die nahe an die Grenze des Kulturbolschewismus heranreichten. Er schwärmte für freie Geistigkeit und kämpfte mit flüssiger Feder gegen diejenigen, die dem deutschen Schrifttum, politische und weltanschauliche Schranken setzen wollten. Heute diener er vor Adolf Hitler. Endlich ein Staatsmann, so schreibt er in einem Aufsatz der nationalsozialistischen Presse, der den Pulsschlag der Kunst erföhle!

Nachdem sich Werner Deubel auf solche Weise legitimiert und sterilisiert, versucht er, dem verpönten Intellektualismus wieder eine Gasse zu bahnen. Er schreibt:

„Wer nicht jedem zugängliche Kunstwerke als Sache eines intellektuellen Klüngels verächtlich macht, der ist kein Nationalsozialist, sondern ein Kulturgegner. Er hasst die Kultur und verrät das Volk, indem er es für eine Maschine hält, deren sämtliche Teile aus dem nämlichen Metall gemacht sind. Eine stolze Kultur ohne Intelligenz ist unmöglich.“

Deubel, will also keinen „Stahl“, sondern intellektuelle Filigranarbeit, keine Totalität, sondern Individualität — kaum verüllte Ketzereien eines Schreibers, der so tut, als habe er die absolute Geistfeindlichkeit der alten Kämpfer noch immer nicht begriffen. Er riskiert es sogar, nicht von Rasse und Blut, sondern von Seele zu sprechen und bricht eine Lanze für den Geist!

„Unser Kampf richtet sich gegen die Vergötzung naturloser Geisteswerte und gegen den nackten Willen zur Macht. Wer aber aus politischen Gründen auf die Kultur, auf den Geist und die Geistigen schimpft, weil er selber dumm und unkultiviert ist, der hat von Adolf Hitlers Absichten nichts begriffen. Denn der nationalsozialistische Kampf wird nicht

für die Knebelung, sondern für die Befreiung der deutschen Kultur geführt, und sein Ziel ist das Gegenteil einer geistigen Einengung zu einer anspruchslosen Masse.“

Hier hebt also die Intelligenzbestie wieder ganz schüchtern den Kopf aus dem Graben. Freilich unter Kopfschussgefahr!

Ewige Werte

„Es ist das Wesen dieses neuen Deutschlands, dass es von Marschierern erkämpft wurde... Wenn in diesen Tagen die Männer der SA-Gruppe Sachsen in Chemnitz zu den letzten Ausscheidungskämpfen für die Reichswettkämpfe der SA, und die NS-Kampfspiele antreten, so werden dieser Kampfeifer und dieser Wehrwille lebendig vor uns erstehen... Dieser Marsch soll und wird ganz Sachsen auf den ewigen Wert des Marschierens hinweisen. Männer, die marschieren, bleiben stets hoffnungstark.“

SA-Obergruppenführer Scheppmann im „Dresdener Anzeiger“ Nr. 179.

In Pommern werden „wegen Knappheit von Arbeitskräften“ Schulkindern für das Unkrautjäten und bei der Flachsernte zur Verfügung gestellt.

Juden-Waggons. Die Direktion der Deutschen Reichsbahn beabsichtigt, bei allen Eisenbahnzügen besondere Waggons für Juden einzuführen. Diese Waggons werden für Arier verboten sein.

Alle katholischen Studentenverbindungen sind durch eine Verordnung Himmlers, Chef der Geheimen Staatspolizei, verboten worden.

Die allgemeine Dienstpflicht

Deutschland - eine einzige Kaserne

Der Ring der militärischen und wirtschaftlichen Mobilmachung ist geschlossen. Die Proklamation der allgemeinen Wehrpflicht, die Einführung des Arbeitsdienstes für die Jugend einschliesslich des Pflichtjahres für die deutschen Mädel, die Nothilfe für die Landwirtschaft und ein Bündel Vierjahresplanverordnungen zur Aufhebung aller Freizügigkeit haben längst die gesamte deutsche Arbeiterklasse in die kriegsmässig organisierte Zwangsarbeit eingereiht. Im Dritten Reich gibt es keinen freien Arbeiter mehr.

Noch war eine Lücke verblieben, die vielleicht den kleinen Handwerkern und selbständigen Kleinkaufleuten ein Stückchen Berufsfreiheit gelassen hätte. Daneben gab es noch beamtete und pensionierte Personen, Rentner, Hausfrauen, nicht voll Erwerbstätige, Invaliden usw. Auch diese „Arbeitsreserve“ muss vom Zwangsdienst am Dritten Reich erfasst werden. Ausserdem genügt es dem Beauftragten Hitlers für den Vierjahresplan nicht, dass der Arbeiter an seinen Arbeitsplatz gefesselt ist. Der totale Krieg verlangt eine totale Arbeitsverteilung. Jeder Arbeiter, jeder Bürger, ob jung ob alt, ob Mann ob Frau, muss in jedem Augenblick ohne Rücksicht auf Beruf und Einkommen zur Kriegsarbeit im Lande, in der Etappe oder an der Front eingesetzt werden können.

Am 1. Juli tritt die durch Verordnung vom 22. Juni 1938 verfügte allgemeine Dienstpflicht aller Reichsangehörigen in Kraft. Alle arbeitsfähigen Männer und Frauen jeden Berufes sind von jetzt ab gesetzlich verpflichtet, vorübergehend auf einem besonders zugewiesenen Arbeitsplatz Dienst zu leisten, bzw. sich einer bestimmten Ausbildung zu unterziehen. Es gibt keine obere und keine untere Altersgrenze, es gibt weder für Mütter, noch irgend welche Personen-Gruppe eine Ausnahme. Die Verordnung über die allgemeine Dienstpflicht ist nichts anderes, als die

Ausdehnung der allgemeinen Wehrpflicht auf das ganze Volk.

In der Begründung heisst es, dass Aufgaben von besonderer staatspolitischer Bedeutung arbeitseinsatzmässig gesichert werden sollen. Die Begründung lässt aber keinen Zweifel darüber, dass die staatspolitischen Erfordernisse und der Kriegsbedarf im Dritten Reich eins geworden sind. Darum würde auch der jetzt verfügte totale Arbeitseinsatz „keinen Aufschub“ vertragen. Es wird auf die für die Reichsanstalt eingetretenen Schwierigkeiten verwiesen. Zu Beginn des Jahres, so wird argumentiert, hätte man versucht, den Schwierigkeiten durch zwei Massnahmen zu begegnen: 1. durch eine radikale Rationalisierung der Betriebe, 2. durch eine Abstufung der Wirtschaftsvorhaben nach ihrer staatspolitischen Bedeutung.

Die Reichsanstalt meint, dass selbst durch die weitestgehende Rationalisierung dem Mangel an Arbeitskräften nicht mehr abzuhelfen sei. Der zweite Ausweg soll nun mit der allgemeinen Dienstpflicht beschränkt werden.

„Viel schneller und nachhaltiger dürfte der zweite Weg, der eigentlich auf eine Steigerung sämtlicher Arbeitsvorhaben hinausläuft, zu einer Entspannung der arbeitseinsatzmässigen Lage führen.“

Angeblieh hätten die bisherigen Zwangsbefugnisse der Reichsanstalt nicht ausgereicht. Darum jetzt die allgemeine Mobilmachung aller Volksgenossen.

„Sie macht weder vor dem Unternehmer, noch vor dem öffentlichen Beamten oder Angestellten, noch vor den Angehörigen sonstiger öffentlichen Unternehmungen, noch auch vor den Rentnern und Berufslosen halt.“

„Aus allen Schichten der Bevölkerung können geeignete Personen ausgewählt werden und zu einer besonderen Dienstleistung oder auch zu einem Ausbildungsgang einberufen werden.“

Der Mangel an Arbeitskräften ist der vorgeschriebene Grund, um die totale Kriegsdienstpflicht bereits heute im Frieden auf die gesamte Bevölkerung ausdehnen zu können. Die gewaltig auf-

geblähte Armee, die Privatarmee SA, SS, Hitler-Jugend, Gestapo usw. haben Millionen von Arbeitskräften absorbiert und die Wirtschaft ist ausschliesslich in den Dienst der Aufrüstung gestellt. Von Arbeitermangel aus normal-volkswirtschaftlichen Bedürfnissen, also für wahrhaft staatspolitische Aufgaben ist keine Rede. Entscheidend ist für die Dienstleistung der Charakter der militärischen Einberufung. Ganz nach dem Muster des stehenden Heeres erfolgen Einberufungen von drei bis vier Monaten nicht nur zum Dienst, sondern auch zur Ausbildung. Ebenso geht der Einberufene für die Dauer seiner allgemeinen Dienstpflicht in seinem bisherigen Betrieb des Lohnes oder Gehaltes verlustig.

Wenn etwa zur Rechtfertigung dieser Mobilisierung auf das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom Dezember 1916 verwiesen werden sollte, so stand damals Deutschland inmitten des Weltkrieges, während die Hitler-Diktatur die Mobilmachung der letzten Reserven trifft in einem Augenblick, da sie die Welt ihrer unbegrenzten Friedensliebe versichert. Der vaterländische Hilfsdienst war aber auch auf die männliche Bevölkerung zwischen dem siebzehnten und sechzigsten Lebensjahr begrenzt. Für die Durchführung jenes Hilfsdienstes während des Krieges waren sowohl in der Spitze beim Kriegsamte, wie bei den einzelnen Generalkommandos paritätische Ausschüsse der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingesetzt. Ausserdem enthielt das Hilfsdienstgesetz erstmalig die Vorschrift, dass die Betriebe Arbeiterschüsse

einsetzen müssen. Zur Regelung der Löhne, würden die Schlichtungsausschüsse eingesetzt, der Anfang der sozialen Schiedsgerichtsbarkeit in Deutschland.

Das Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst gab der Arbeiterbewegung dennoch genügend Anlass zur Kritik, aber es war eine Befehlsmassnahme des ausserordentlichen Kriegszustandes und es war mit sozialen Sicherungen versehen. Das Göringsche Dienstpflichtgesetz dagegen bedeutet militärische Kasernierung der Bevölkerung zur Gefährdung des Friedens. Statt sozialer Schutzbestimmungen ist diese Verordnung mit einer zweiten

Verordnung über Höchstlöhne

verbunden worden. Danach gibt sich die Regierung die weitere Vollmacht, künftig alle Löhne in Deutschland zu kontrollieren und diktatorisch Höchstlöhne festzusetzen. Die allgemeine Dienstpflicht versetzt alle Deutschen rechtlich in den Soldatenstand. Damit gewinnt jener Gewaltakt noch eine weitere Bedeutung. Es geht nicht nur um die Arbeitsverklavung des Volkes unter Aufhebung jedes sozialen Rechtes oder Schutzes. Die Abberufung des einzelnen Arbeiters oder Bürgers aus seiner Berufsstelle und die Abkommandierung zu irgend welchem Kriegsdienst bietet die Handhabe, schon vor Kriegsausbruch die „inneren Feinde“, die „politisch Unzuverlässigen“, auch räumlich entsprechend zu verpflanzen und zu konzentrieren oder zu verteilen, je nach den staatspolitischen Bedürfnissen der Himmler-Front.

Mit welcher Genauigkeit dieser inner-

Schiessjustiz

Was ist ein Arbeiterange wert?

In der „Zeitschrift der Akademie für deutsches Recht“ (5. Jahrgang, Heft 11, S. 385) wird folgende Reichsgerichtsentscheidung abgedruckt — R. G. VII 132-37 vom 14. Dezember 1937:

„Am 16. März 1935 hielt der damals 19 Jahre alte B., der Jungvolkführer im Jungvolk war, aus Anlass des Staatsjugendtages mit dem dortigen Jungvolk Schiessübungen ab. Benutzt wurde ein Zielübungsluftgewehr, das B. zu dem erwähnten Zweck von dem zuständigen Führer ausgehändigt erhalten hatte. Da der Jungvolkjunge K. an den Übungen nicht hatte teilnehmen können, übte B. am Nachmittag mit ihm allein. K. lief, als B. sich eine Zeit lang mit dessen Vater unterhielt, auf die Strasse und schoss dort nach Spatzen, die er jedoch verfehlte. Da ihn drei aus einer benachbarten Fabrik kommende Jungarbeiter, darunter der 1920 geborene Kläger, deswegen auslachten, und mit Schnee nach ihm warfen, gab K. dem B. unter Mithilfe des Sachverhaltes das Gewehr, und dieser schoss drei mal auf die drei Genannten. Der erste Schuss traf den Kläger am Oberarm und prallte ab, der zweite ging fehl. Als der Kläger nach einiger Zeit aus einer Waschküche, in die sich die Jungarbeiter geflüchtet hatten, heraustrat, bemerkte er B. auf seinem alten Platz mit dem Gewehr im Anschlag auf die Tür der Waschküche und erhielt im selben Augenblick einen Schuss ins rechte Auge. Die 4,4 mm Kaliber-Kugel prallte zwar ab, der Kläger musste aber operiert und die Linse musste entfernt werden.“

Statt also dem Jungvolkjugen zu unterzügen, dass er auf Spatzen schiesse, hat der 19 Jahre alte Jungvolkführer selbst auf Arbeiter geschossen. Er hat nicht in einer plötzlichen Erregung gehandelt, sondern sich längere Zeit auf die Lauer gelegt. Wenn es nach seinem Willen gegangen wäre, so wäre die Kugel nicht im Auge stecken geblieben, sondern in das Gehirn des Jungarbeiters gegangen, der nichts sonst getan hatte, als nach einem anderen jungen Burschen mit Schnee zu werfen. Der deutsche Strafrichter hat an dem Vorgang nichts besonders Auffälliges gefunden:

„R. ist wegen vorsätzlicher gefährlicher Körperverletzung zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt worden.“

R. ist strafmündig und würde, wenn er etwa eine verbotene Partei aufzuziehen versucht hätte, genau so mit dem Tode bestraft worden sein, wie jeder andere erwachsene. Da er aber im Interesse einer erwünschten Partei nach Proletenaugen geschossen hat, so wird es dem Richter sogar

wahrscheinlich hart angekommen sein, ihn auf drei Monate ins Gefängnis zu schicken.

Die Entscheidung, die wir besprechen, ist nicht das Strafurteil, sondern das Urteil des Zivilgerichts über die Schadenersatzklage des unglücklichen Jungarbeiters. Dieser hatte nämlich die Versicherungsanstalt, bei der der tapfere Nazi gegen Haftpflicht versichert war, in Anspruch genommen. Beide Vorinstanzen hatten die Klage für begründet erklärt. Das Reichsgericht wies ab. Es hatte juristisch zweifellos recht. Denn die Haftpflicht-Versicherung haftet nach dem Gesetze nicht für einen Schaden, den der Versicherte vorsätzlich anrichtet. Und dass R. vorsätzlich gehandelt hat, unterliegt wohl keinem Zweifel. Nur fragt es sich, in wie viel Fällen dann überhaupt die Versicherungsanstalt für Unfälle eintreten wird, die Nationalsozialisten verursachen. Denn der Vorsatz wird ja meistens leicht nachzuweisen sein.

Der Jungarbeiter jedenfalls ist nun auf die Forderung beschränkt, die ihm gegen den Schützen R. zusteht. Viel Geld wird R. wohl nicht besitzen. Und über kurz oder lang wird der Kläger einen Revers unterschreiben, dass er kein Auge eingebüsst habe, und dass er nichts zu fordern habe. Täte er es nicht, er könnte illoyal erscheinen.

Arisierung der Privatbank

Die Arisierung eines der grössten Privatbankhäuser des Reiches, der Firma M. M. Warburg und Co. in Hamburg, ist soeben unter aussergewöhnlichen Druckmitteln durchgeführt worden. Das Bankhaus, das seit 1797 besteht, befand sich in jüdischem Familienbesitz. Es wurde nun in eine Kommanditgesellschaft umgewandelt, wobei die Berliner Handelsgesellschaft, einstmals auch „jüdisch“ geleitet, die Führung übernahm. Zu den Kommanditisten gehören u. a. Siemens und Halske AG. und die Siemens-Schuckert-Werke, um der neuen Bank auch das Industriegeschäft zu sichern. Es versteht sich von selbst, dass gleichzeitig die bisherigen jüdischen Teilhaber ausscheiden. Die deutsche Presse verzeichnet dieses Resultat mit grosser Genugtuung.

Auch ein anderes grosses Privatbankhaus, Sal. Oppenheim und Co. in Köln, ist jetzt restlos arisiert worden. Vor zwei Jahren hatte es noch die Bank von Louis Hagen, des bekannten verstorbenen Grossaktionärs, das Haus Louis Levy, aufgesogen. Salomon Oppenheim und Co. heisst jetzt „Pferdmenges und Co.“ nach dem Namen des neuen Leiters, eines früheren Direktors der Deutschen Bank. Es gibt jetzt kaum noch eine grössere Bank, die sich weiter

staatliche Mobilmachungsplan organisiert werden soll geht weiter aus einer dritten Verordnung hervor, die den

Arbeitseinsatz der Strafgefangenen

betrifft. Ein Runderlass des Präsidenten der Reichsanstalt enthält einleitend einige sozialdemagogische Bemerkungen über das Problem der Gefangenenarbeit, um dann mitzuteilen, dass von jetzt ab auch für die Untersuchungsgefangenen die Arbeitspflicht verfügt wird. Vor allem aber ist für die Strafgefangenen nunmehr ein zentraler Arbeitseinsatz organisiert worden, der gleichzeitig mit Berufsausbildung verbunden ist. Ohne es auszusprechen, werden offenbar auch die Häftlinge der Konzentrationslager mit erfasst. In der Verlautbarung heisst es u. a.

„Wie gross übrigens die Einsatzmöglichkeiten der Gefangenen sind, wird deutlich an der Tatsache, dass sich unter ihnen rd. 8000 Metallarbeiter befinden. Unter diesen Umständen wird nicht auf die Fertigstellung der Strafgefangenenwerkstätten gewartet werden können, sondern man wird die Gefangenen auch unmittelbar in gewerblichen Unternehmerbetrieben zu Arbeitsleistungen heranziehen.“

„Nach wie vor kommen die Gefangenen aber auch für die Aussondierungen in Frage, natürlich wiederum nur in geschlossenen Trupps von mindestens 10 Mann.“

Zum Schluss wird versichert, dass eine engste Zusammenarbeit der Landesarbeitsämter mit den Generalstaatsanwälten vorgesehen ist (Deutsche Arbeits-Korrespondenz, 9. Juni 1938). Die drei Verordnungen „allgemeine Dienstpflicht“, „Höchstlöhne“ und „Arbeitseinsatz der Strafgefangenen“ lassen ein System erkennen. Es geht nicht nur um Massnahmen gegen Arbeitermangel, sondern um die räumliche Verteilung des inneren Feindes. Das Volk muss rechtzeitig nach „staatspolitischen Aufgaben“ sortiert und nach Sicherheitsgraden geordnet werden. S. A.

in jüdischen Händen befindet. Trotzdem sind bei Eintritt wirtschaftlicher und finanzieller Schwierigkeiten im Dritten Reich nach wie vor die Juden schuld. Veranlassung vorgelegen habe.

In Karlsruhe ereignete sich am 4. Juli ein schwerer Unglücksfall. Eine 19jährige Arbeiterin, die mit dem Sortieren von Lumpen beschäftigt war, fand in einer Hosentasche eine Handgranate. Das Wurfgeschoss explodierte und riss dem jungen Mädchen die rechte Hand weg. Der „Westdeutsche Beobachter“ (Nr. 331) gab dieser Meldung die Überschrift: „Vergesslichkeit oder Niedertracht?“ Eingeweichte Kreise halten es also durchaus für möglich, dass im Dritten Reich vergessene Handgranaten den Müll des friedlichen Aufbaues zieren. Wie sagte die treu sorgende Hausfrau des Gangsterführers, als sie seinen Anzug büstelte? „Du sollst nicht immer durch die Taschen schiessen!“

Bezugspreise

Der „Neue Vorwärts“ kostet im Einzelverkauf innerhalb Frankreichs 1,50 Frs (für ein Quartal bei freier Lieferung 18 Frs). Preis der Einzelnummer im Ausland (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern).

Argentinien Pes. 0,30 (3,60), Belgien: Belg. Frs. 2 (24.—), Brasilien 1 Milreis (12.—), Bulgarien Lew 8.— (96.—), Tschechoslowakei Kr. 1,40 (18.—), Danzig Guld. 0,45 (5,40), Deutschland Mk. 0,25 (3.—), Estland E. Kr. 0,22 (2,64), Finnland Fmk. 4.— (48.—), Frankreich Frs. 1,50 (18.—), Grossbritannien d. 4.— (Sh. 4.—), Holland Gld. 0,15 (1,80), Italien Lit. 1,10 (13,20), Jugoslawien Din. 4,50 (54.—), Lettland Lat. 0,30 (3,60), Litauen Lit. 0,55 (6,60), Luxemburg B. Frs. 2,45 (29,50), Norwegen Kr. 0,35 (4,20), Palästina P. Pl. 0,020 (0,216), Polen Zloty 0,50 (6.—), Portugal Esc. 2.— (24.—), Rumänien Lei 10.— (120.—), Schweden Kr. 0,35 (4,20), Schweiz Frs. 0,30 (3,60), Spanien Pes. 0,70 (8,40), Ungarn Pengö 0,35 (4,20), USA 0,08 (1.—).

Einzahlungen können erfolgen: Frankreich: „Neuer Vorwärts“ Paris, Paris C. c. 88 504, Tschechoslowakei: „Neuer Vorwärts“ Paris, Prag 46 140, Polen: „Neuer Vorwärts“ Paris, Warschau 194 797, Schweiz: „Neuer Vorwärts“ Paris, Zürich Nr. VIII 14 097, Rumänien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Bukarest, Konto „Neuer Vorwärts“, Bukarest Nr. 2088, Ungarn: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank Filiale Karlsbad, Konto „Neuer Vorwärts“, Budapest Nr. 2029, Jugoslawien: Anglo-Tschechoslowakische und Prager Kreditbank, Filiale Belgrad, Konto „Neuer Vorwärts“, Beograd Nr. 51 005, Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

